

**90**

Juli/Aug. '01  
16. Jahrgang  
DM 3,00  
ISSN: 1436-7823

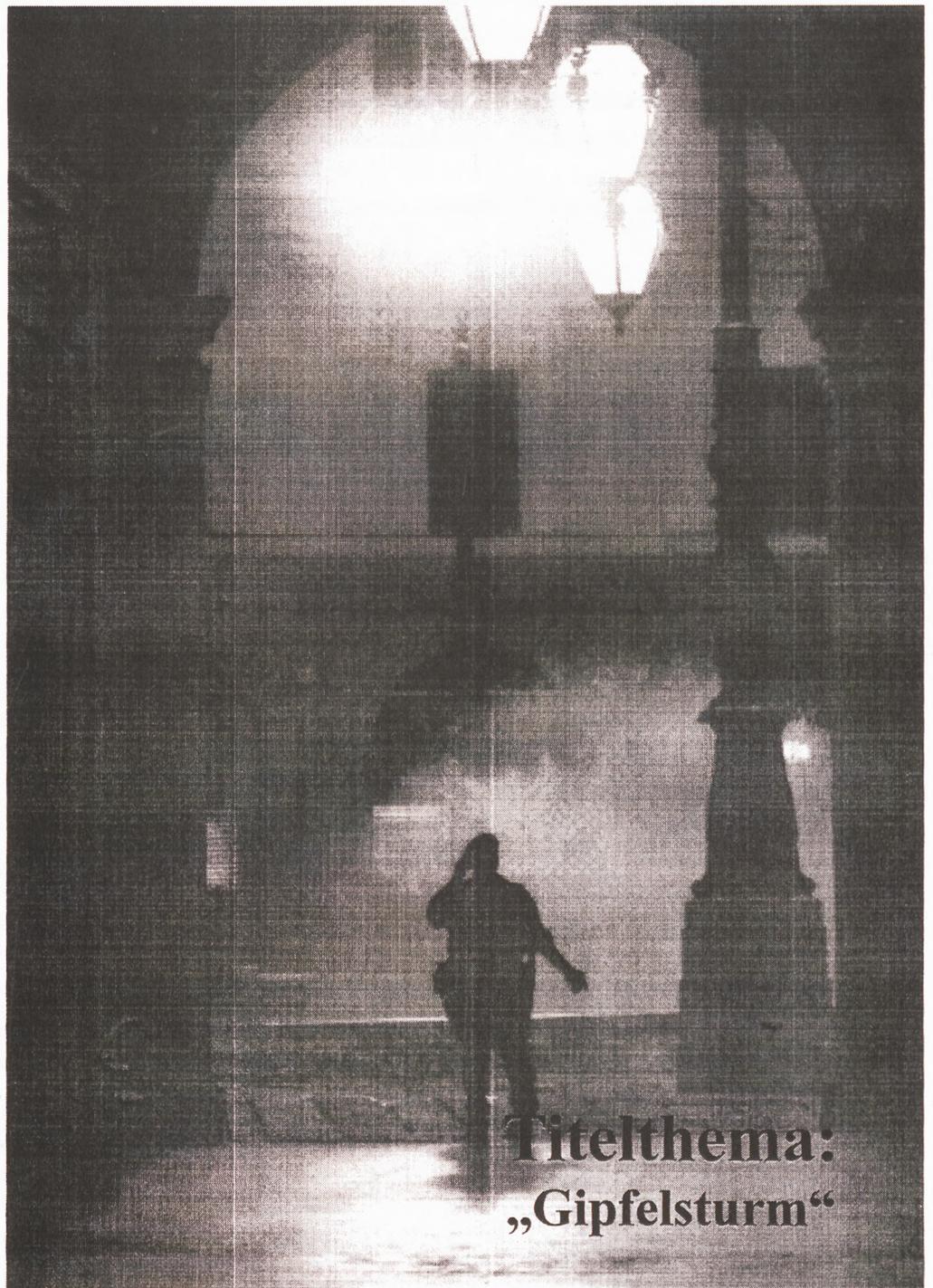
# Antifaz

**Zeitung gegen Rassismus,  
Faschismus und Imperialismus  
für Menschenrechte, Demokratie und Freiheit der Völker**

Homepage: [www.afb-bbz.de](http://www.afb-bbz.de)

## Sonstige Themen:

- **Kurdische  
Perspektiven**
- **Die französischen  
Globalisierungshaie**
- **Veranstaltungen  
mit Eren Keskin**
- **Besuch aus  
Burkina Faso**
- **Grenzcamp 2001**
- **Prozess gegen  
Radislav Krstic**
- **Neonazi-Szene  
in Düsseldorf**



**Titelthema:  
„Gipfelsturm“**

**Inhaltsverzeichnis**

<b>Editorial</b>	3
<b>Berichte</b>	
Genua – das war der Gipfel	4
Veranstaltungen mit Eren Keskin	7
Freilassung von Saka Depo Olowolagba	16
Kein kurzer Prozess für General R. Krstic	31
Neonazi-Szene in Düsseldorf festigt sich	41
<b>Analyse</b>	
Kurdische Perspektiven in Europa und der Türkei	14
<b>Buchbesprechung</b>	17
<b>Ankündigung</b>	
Tagung zur antirassistischen Bildungsarbeit	39
<b>Aufruf</b>	
Grenzcamp 2001	27
<b>Interview</b>	
Mit Eren Keskin	10
<b>News aus dem Ruhrgebiet</b>	42
<b>Material</b>	A-H

**Eigentumsvorbehalt**

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

**Abonnementsbedingungen:**

Einzelabonnements/Jahr 27 DM  
Förderabonnements/Jahr 30 DM

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM
5,5 cm	< 6 cm	< 60,-
5,5 cm	8-10 cm	60,-
10,5 cm	6-8 cm	75,-
5,5 cm	24 cm	120,-
7,7 cm	24 cm	150,-
16 cm	12 cm	150,-

**Impressum**

Die AntifaZ ist die Zeitschrift des AFB Ruhrgebiet. Sie erscheint alle 2 Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch  
Oerweg 28  
45657 Recklinghausen  
Tel.: 02361/26345

ISSN: 1436-7823

Redaktionsanschrift:  
Bert-Brecht-Zentrum  
Herner Str. 43  
45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/901923  
Fax: 02361/21686  
eMail: afb-bbz@t-online.de  
Internet: www.afb-bbz.de

Redaktionssitzung:  
Mittwochs ab 19 Uhr  
Abonnenten- und Anzeigenkonto:  
BLZ: 430 500 01  
Konto-Nr.: 334 010 27  
(Stichwort „AntifaZ“)  
Sparkasse Bochum  
Inhaber: K. Dillmann

**Redaktionsschluss Nr. 91: 28.08.2001**

EDITORIAL

Von „Sommerloch“ – im Sinne einer politisch ruhigen, ereignisarmen Zeit – kann in diesen Wochen keine Rede sein. Der „Gipfelsturm“ in Genua und die sich dort überschlagenden Ereignisse bilden zweifellos das Hauptthema. Obwohl ursprünglich nicht eingeplant, haben wir daher einen Bericht über die Ereignisse, soweit wir sie zu diesem Zeitpunkt schon überblicken können, zum Leitartikel bestimmt. **Michael Hillebrandt** schreibt über „Genua – das war der Gipfel“.

Ansonsten ist die vorliegende Ausgabe eher ein „Flickenteppich“ – aus allen möglichen Bereichen wurden Artikel zusammengesucht -, wobei noch am ehesten der Bericht über die **Veranstaltungen mit EREN KESKIN**, den **Öznur Sezgin**, Vorsitzende des **Internationalen Freundschaftsverein (IFV)** beitrug, Ausdruck von ein wenig Planmäßigkeit in unserer augenblicklichen Arbeit darstellt. Öznur führte auch ein ausführliches **Interview mit EREN KESKIN**.

Ansonsten herrscht bei uns zur Zeit das reine Chaos: die Diskussion über ein neues **Konzept für die AntifaZ** kam nicht wesentlich voran, allenfalls deutet sich an, dass wir in Zukunft stärker auf des Ruhrgebiet orientiert schreiben wollen.

Ständig haben Leute Urlaub, was gerade in den Sommermonaten ins Gewicht fällt, denn wir haben noch immer keine neuen Mitarbeiter gefunden.

Finanziell hat sich aber auch gar nichts verbessert.

Nun ja, Menschen in anderen Zusammenhängen werden die Probleme kennen und sagen: Was soll das Stöhnen, es bringt ja doch nichts !

Immerhin sind wir noch in der Lage, beim Abdruck von Artikeln aus anderen Publikationen zu entscheiden, was uns wichtig erscheint und was weniger.

So kommt in dieser Ausgabe mal wieder ein längerer Artikel aus „**LE MONDE diplomatique**“ zum Abdruck, der über den von der Öffentlichkeit so gut wie nicht zur Kenntnis genommen **Prozess gegen den Kriegsverbrecher Krstic** vor dem Tribunal in den Haag berichtet, der in diesen Wochen seinem Ende entgegengeht.

Nichts zu schreiben gibt es für uns zur Auslieferung von Milosevic – so eindeutig wir auch ihn in die Reihe der jugoslawischen Kriegsverbrecher einreihen, so eindeutig undemokratisch war auch die abgekartete Form seiner Auslieferung an das Haager Tribunal.

Überhaupt ist der eindeutige Schwerpunkt dieser Ausgabe wieder international – das Ruhrgebiet muss von uns erst noch journalistisch erschlossen werden !

**Klaus Dillmann** schreibt über die Machenschaften der französischen Konzerne **Total, Elf (Aquitaine)** und **Fina** (Übersetzungen aus LA FORGE, Zeitung der Kommunistischen Arbeiterpartei Frankreichs), außerdem berichtet er über eine Veranstaltung im Alten Bahnhof Bochum-Langendreer mit einem **Gewerkschafter aus Burkina Faso** – beide Artikel finden sich auf den Gelben Seiten.

Es gibt eine ausführliche Vorankündigung des diesjährigen „**Grenzcamps 2001**“, das in der Region Frankfurt/Main durchgeführt wird.

Was sonst noch in den vergangenen Tagen hinzugekommen ist – Ihr findet es im Inhaltsverzeichnis.

Allen Leserinnen und Lesern und auch uns selbst wünschen wir erholsame Ferien, bis zur nächsten Ausgabe !

Für die Redaktion

WT

# GENUA - DAS WAR DER GIPFEL

## Hunderttausende demonstrieren gegen G 8 Polizei erschießt Demonstranten

Bei den Demonstrationen gegen den diesjährigen G 8 Gipfel kam es zu den schwersten Auseinandersetzungen der letzten Jahre.

Ein allen bisherigen Aussagen nach von der Polizei erschossener Demonstrant, hunderte Verletzter, autonome Plünderungs- und Zerstörungsaktionen, staatliche Repressalien und reihenweises Außerkraftsetzen demokratischer Rechte, aber auch die größte Massenmobilisierung der vergangenen Jahre, die in ihrer übergroßen Mehrheit eine neue BürgerInnenbewegung darstellt, deren wichtigste AktivistInnen Gruppen wie die italienischen ‚Tute Bianche‘ („weiße Overalls“) ausmachen.

### Staatliche Repressalien vergeblich

Mit allen erdenklichen Mitteln hatten Deutschland, die Schweiz, Österreich und Italien versucht, die Globalisierungsgegner von Genua fernzuhalten.

Die gravierendste Maßnahme ohne Zweifel das länderübergreifende Außerkraftsetzen von demokratischen und Grundrechten.

Plötzlich gab es kein Grundrecht mehr, „das Land zu verlassen“ - und das wurde in Berlin auch noch oberverwaltungsgerichtlich bestätigt - ob das Urteil vor dem Bundesverfassungsgericht standhält, mag sich zeigen.

Als ob nicht gerade dieser Tatbestand, nämlich das nicht vorhandene Recht auf Ausreise, mit der schlimmste Vorwurf gegenüber dem „kommunistischen Unrechtsregime“ gewesen ist!

Aber es kam, wie glasklar nach den im vergangenen Jahr geänderten Passgesetzen voraussehbar war: Das damals verabschiedete Gesetz, das angeblich nur dazu dienen sollte, deutschen Fußball-Hooligans die Ausreise zu erschweren, und das auch für diese Fälle eine Reihe schwerwiegender Kriterien festlegte, die zutreffen müssen, damit die Ausreise verweigert werden kann: „Gefährdung hochrangiger Rechtsgüter“, rechtskräftige Verurteilungen in der jüngeren Vergangenheit. Für das Berliner OVG genügte als Begründung für das Reiseverbot „die Konfrontation (des vom Verbot Betroffenen) mit schwerwiegenden Vorwür-

fen“.

Hundertern wurde schon an der Schweizer Grenze die Einreise verweigert, Busse wurden stundenlang festgehalten, einzelne herausgegriffen, die bayrische Polizei übte sich in Schleierfahndung nach Personen, die in der seit 1992 geführten Landfriedensbruch-Kartei aufgelistet wurden.

Allein an der italienischen Grenze wurden bis zum 19. Juli 686 Personen abgewiesen, die französische Staatsbahn SNCF strich einen Sonderzug, mit dem rund 450 Demonstranten von Calais nach Genua reisen wollten.

Um in den Gefängnissen Platz für Festgenommene zu bekommen, wurden 200 Häftlinge vorübergehend von Genua in andere Gefängnisse verlegt.

Wildeste Gerüchte wurden in die Welt gesetzt: gemeldet wurden Sonderbestellungen von 200 bis 300 Särgen (mindestens einen brauchte man nun tatsächlich), zusätzliche Bahnen und Sonderkapazitäten an Kühlräumen.

Mehrere Zehntausend Polizisten und Soldaten waren in Genua im Einsatz, aber all dies und noch einiges mehr konnte nicht verhindern, dass Hunderttausende gegen den Gipfel in Genua demonstrierten und auch eines ihrer Ziele, das Eindringen in die „Rote Zone“ - wenn auch nur kurzzeitig - erreichten.

Mit einer gewaltigen Barrikade hatten die

italienischen Behörden das Tagungsgelände hermetisch abgesperrt - eine Neuauflage der Berliner Mauer.

### Rauchschwaden über Genua

Am Freitag, dem 19. Juli, kam es zu den erwähnten schweren Auseinandersetzungen, in deren Verlauf Demonstranten kurzzeitig den

Tag tatsächlich symbolisch für zwei völlig unterschiedliche Politik-Konzepte:

„Schwarz“ für eine dogmatische, antidemokratische, menschenverachtende Grundeinstellung, die sich als Anti-Kapitalismus tarnt,

„weiß“ für einen neuen Aufbruch, für neue Formen der Massen-Gewalt (die ‚toute bi-

anche‘ wissen sehr genau, dass der Gewalt des globalen Kapitals nur die Gewalt „von unten“ wirksam entgegentreten kann), für einen schonenden Umgang mit Menschen und Natur.

### Eine neue Bewegung, die Hoffnungen wachsen lässt

So erschütternd die Tatsache auch ist, dass es bei den Auseinandersetzungen am 19.



Autonomer im Kampfeinsatz

Foto: Reuters

Zaun überwunden.

Der „Tag des Ungehorsams“, zu dem das Genua Social Forum (GSF) aufgerufen hatte, begann schon am späten Vormittag mit schweren Zusammenstößen.

Das GSF hatte geplant, mit Aktionen des zivilen Ungehorsams die Zugänge zur „roten Zone“ zu belagern oder auch mit „passiver Gewalt“ zu durchbrechen - das Konzept scheiterte, da es nicht zur Anwendung kommen konnte.

Einige Hundert autonomer Demonstranten versuchten, den 20 000 „tute bianchi“ ihren Willen aufzuzwingen, in dem sie sich in deren Demonstration eingliedern wollten. Das verhinderten die „tute bianchi“ zwar, wurden aber bei den folgenden Polizeiatacken gleichermaßen niedergeknüppelt, worauf auch sie sich nur noch durch Steinwürfe vor den Polizeiangriffen schützen konnten.

„Schwarz“ und „weiß“ standen an diesem

Juli ein Todesopfer gegeben hat, so sehr auch die autonomen Formen der Gewaltanwendung dazu herhalten mussten, die Globalisierungsgegner insgesamt zu diffamieren, so sehr bleibt doch der Haupteindruck, dem sich auch die bürgerliche Presse nicht entziehen kann, das die Masse der neuen Bewegungen eine neue Qualität des sozialen Widerstands darstellt - vor allem deshalb, weil sie tatsächlich selber global - von unten - agiert.

Und - es sind nicht mehr ein paar tausend, sondern Hunderttausende, und ihre Zahl hat in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen.

Was ihre Hauptstärke ausmacht: sie hat Anhänger in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Schichten, Gruppierungen und Organisationen. So hat sich zum Beispiel in Deutschland die Gewerkschaft ver.di der europaweit agierenden Antiglobalisierungsgruppe „attac“ angeschlossen.

Und: so angespannt die Situation angesichts



Rote Zone

Foto: ap

der geballten und hochgerüsteten Staatsmacht auch war, erst einmal wurde gefeiert: Am Mittwochabend begannen die Aktivitäten mit einem Konzert von Manu Chao auf der Piazzale Kennedy, direkt gegenüber dem Messegelände, wo die andere Seite - Polizei und Carabinieri - ihr Hauptquartier hatten.

Am Donnerstag hatten dann 40 000 MigrantenInnen für eine „Welt ohne Grenzen“ demonstriert, aus allen Erdteilen waren größere und kleinere Menschengruppen anwesend - diese Demonstration verlief vollständig ohne Zwischenfälle.

Am Samstag dann der Höhepunkt mit über 150 000 Teilnehmern - ein machtvolleres Signal an die herrschenden, die sich ihrer Sache nicht mehr so sicher gefühlt haben dürften.

### Die Ziele

Im Zentrum der Proteste steht die Frage nach einem gerechten Schuldenerlass die reichsten Industriestaaten gegenüber den ärmsten Entwicklungsländern.

Die Streichung von 34 bis 54 Milliarden Dollar, die vor dem Gipfel in Genua in Aussicht gestellt wurde, sei unzureichend, sagt Philipp Hersel, Koordinator für internationale Finanzmärkte und Entwicklung bei der NGO Blue 21. Nur ein vollständiger Erlass aller schulden könne tatsächlich helfen.

Globalisierungsgegner-Organisationen wie Weed, Blue 21 und Attac forderten deshalb am 19. Juli im Rahmen des Gegengipfels in Genua ein internationales Insolvenzrecht zur Entschuldung von Entwicklungsländern sowie die Einführung der so genannte Tobin-Steuer.

Dieses Instrument, zum ersten Mal 1972 von dem Nobelpreisträger James Tobin vorgeschlagen, sieht die Besteuerung von Kapitaltransaktionen vor. Zugleich soll die Steuer zur Regulierung der Finanzmärkte beitragen konkret: Steuerflucht verhindern.

Weiter fordern die Globalisierungsgegner eine Reform von IWF und Weltbank. Es müsse endlich kontrolliert werden, ob die durch die Gläubiger finanzierten Projekte tatsächlich der Bevölkerung genutzt haben. „



Schwarze Zone

Foto: Reuters

Bislang werfen die Gläubiger ihr Geld erst korrupten Diktatoren hinterher, um es später über Auflagenprogramme wieder einzutreiben“, klagt Hersel.

Eine neue Gesprächsrunde lehnen die Globalisierungskritiker ab, solange die Auswertung der bisherigen Runden nicht öffentlich gemacht wird. Stattdessen sollten die Industrieländer ihre eigenen Märkte für die Produkte aus Entwicklungsländern öffnen.

**Michael Hillebrandt (AFB)**

## ERFOLGREICHE VERANSTALTUNGSREIHE MIT EREN KESKIN

Vom 5. – 7. Juli 2001 sprach die diesjährige amnesty-Menschenrechts-Preisträgerin und Vorsitzende des Istanbuler IHD, EREN KESKIN, auf Einladung des Internationalen Freundschaftsvereins (IFV) auf drei Veranstaltungen in Recklinghausen und Dortmund.

In Recklinghausen wurde die Veranstaltung gemeinsam mit dem Flüchtlingsreferat der ev. Kirche, in Dortmund gemeinsam mit KOMKAR organisiert.

Außerdem fand in Dortmund ein Gespräch mit Vertretern aus Flüchtlingsinitiativen und Kirchengemeinden statt, die im Rahmen einer Dortmunder Kirchenasyl-Kampagne tätig sind.

Gut 100 Menschen, zur Hälfte Deutsche, zur Hälfte Kurden und Türken, waren am 5. Juli ins Haus des ev. Kirchenkreises in der Limperstraße gekommen.

Eine Stunde vor Beginn sollte eine Pressekonferenz stattfinden, zu der aber außer eines Vertreters der kirchlichen Zeitung *uk* von der kommunalen Presse, *waz* und *Recklinghäuser Zeitung*, niemand erschien.

Die Veranstaltung war dann jedoch ein guter Erfolg, wozu in erster Linie der klare und beeindruckende Vortrag von Eren Keskin, gut übersetzt von Ali Ertan Toprak, beitrug.

Keskin wies mehrfach darauf hin, dass es eine Illusion sei, an sogenannte demokratische Reformen im Rahmen des bestehenden Systems zu

glauben. Solange das Volk in der Türkei nicht das gesamte System verändere, sei jede Hoffnung auf Verbesserung in jeglichem Bereich, auch in der Frage der Menschenrechte, vergeblich.

Und sie betonte, dass kein Druck von außen, wenn auch als Unterstützung bedeutsam, dies System ändern werde, sondern einzig und allein das Volk in der Türkei selber,

wesenden, zum Teil sicher nicht mit ihren Ausführungen einverstanden, türkischen Besucher auffallen zurückhaltend, wenn auch einige, wie der Vorsitzende des Ausländerbeirates, schon bald den Raum verließen.

Der weitaus größere Teil der Besucher, meist Menschen, die in konkreten Projekten der Flüchtlings- und Menschenrechtsarbeit tätig waren,



Veranstaltung in Recklinghausen

Foto: IFV

vor allem die türkischen Arbeiter und die übrigen abhängigen Schichten.

Das wollte vermutlich ein Teil der Anwesenden gar nicht so genau wissen, dennoch verhielten sich die An-

war jedoch sehr aufgeschlossen und fasste den Vortrag Keskins als Ermutigung auf, die eigene Arbeit zu verstärken und die internationalen Kontakte auszubauen.

Mehrfach wurde auch deutlich, dass Keskin sich an äußerst vorgeschobenem Posten befindet und ganz sicher eine Gefahr für den türkischen Staat darstellt – umso mehr ist ihr Mut zu bewundern, mit dem sie in



Veranstaltung im Dortmunder Reinoldinum

Foto: IFV

aller Offenheit die menschenverachtende Haltung des türkischen Staates bloßstellt. Dass in der Türkei keinerlei staatliche demokratische Ebenen existieren, zeigte sie an der absoluten und unkontrollierten macht des türkischen Generalstabs auf. Ein Staat, der 80 Prozent seines Haushaltes für das Militär ausgibt, kann nicht demokratisch sein.

Keskin kritisierte aber auch die Opposition in der Türkei sowie die Haltung der türkischen Arbeiterklasse. Solange diese einzig und allein ökonomische Forderungen stelle, solange die Unterdrückung des kurdischen Volkes für die türkischen Arbeiter kein Thema darstellt, wird es keinerlei demokratischen Fortschritt in der Türkei geben.

Nicht erst durch diese Ausführungen wurde klar, dass Keskin und auch der IHD einen politischen Kurs verfolgen, der einerseits das türkische System prinzipiell als undemokratisch kritisiert, andererseits sich eine strikte

Unabhängigkeit von allen Organisationen bewahrt und sich vor keinerlei parteipolitischen Karren spannen lässt. Das ist zwar einigen kurdischen und türkischen Organisationen ein Dorn im Auge, wird von ihnen aber – wenn auch widerwillig – akzeptiert.

Wenig hilfreich sind jedenfalls Versuche seitens bestimmter kurdischer Kreise, eine Zensur zu erteilen, wer an einer Veranstaltung mit Keskin teilnehmen dürfe und wer nicht.

Weder der IFV noch Eren Keskin ließen sich aber unter Druck setzen und werden dies auch in Zukunft nicht tun.

Wir stimmen mit Keskin nachhaltig darin überein, dass sich die oppositionellen Kräfte, sowohl auf kurdis-

cher wie auf türkischer Seite, zusammenschließen müssen, sonst ist an eine Änderung des ganzen Systems sowieso nicht zu denken. Davon sind wir aber weiter entfernt als je zuvor.

Ausführlich ging Keskin auch auf den Hungerstreik der politischen Gefangenen ein und teilte mit, dass gerade an diesem 5. Juli der inzwischen 27. Tote zu beklagen sei, damit sind einschließlich der 32 beim staatlichen Sturm auf die Gefängnisse am 19. Dezember 2000 Ermordeten jetzt 59 Menschen während dieses Hungerstreiks zu Tode gekommen.

Eine Lösung des Konflikts zeichnet sich nicht ab: Weder ist der türkische Staat bereit, Zugeständnisse zu machen oder wenigstens in Verhandlungen einzutreten, noch sind die Gefangenen bereit, das Todesfasten zu beenden. Somit wird es weitere Tote geben.

Ausführlich berichtete sie auch über das von ihr initiierte und vom IHD unabhängige Projekt zur juristischen Unterstützung von Frauen, die in Untersuchungshaft oder in Gewahrsam sexuell misshandelt oder vergewaltigt worden sind und werden.

Betroffenes Schweigen unter den Besuchern, als sie vom Schicksal der Frau Topmak, die im Beisein ihren dreijährigen Sohns Asad sexuell missbraucht wurde, wobei sogar der kleine Sohn gezwungen wurde, sexuelle

Misshandlungen an ihr zu begehen.

Keskin berichtete, dass sich Asad zur Zeit in psychiatrischer Behandlung befinde, aber dermaßen traumatisiert sei, dass er beim Anblick von Uniformen in panische Angst gerät.

Der Fall der Frau Topmak befindet sich zur Zeit zur Verhandlung vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg.

Eren Keskin wies darauf hin, dass dies Projekt neben der juristischen Unterstützung vor allem zur Ermutigung der Frauen beitrage, die auf sich allein gestellt kaum in der Lage seien, gegen ihre Folterer und Vergewaltiger vorzugehen. Zur Zeit betreut das Projekt 138 Frauen.

Im Gespräch mit dem Publikum kamen noch weitere wichtige Aspekte zur Diskussion, wobei einzelne Beiträge ganz konkrete Vorschläge machten, was deutsche Bürger zur Unterstützung des Kampfes beitragen können. Sie können zum Beispiel Proteste gegen die Niederlassung der türkischen Is-Bank in Gelsenkirchen organisieren, die es ablehnte, Spendengelder an Angehörige der Hungerstreikenden zu überweisen.

Sie können dagegen protestieren, dass deutsche Standsbeamte es ablehnen, kurdische Namen in die Papiere von in Deutschland geborenen Kindern kurdischer Familien zu schreiben, weil sie es sich mit türkischen Generalkonsulaten nicht ver-

derben wollen.

Sie können etwas dagegen unternehmen, dass kurdischen Schülern in deutschen Schulen der muttersprachliche Ergänzungsunterricht in kurdischer Sprache verwehrt wird.

Diese Beispiele machen schon deutlich, dass der deutsche Staat nicht ernsthaft daran denkt, auf die Durchsetzung von Minderheitenrechten in der Türkei zu drängen, wenn er sie nicht einmal in Deutschland zulässt.

Nach der erfolgreichen Veranstaltung in Recklinghausen sprach Eren Keskin dann am 6. Juli vor etwa 30 Vertretern von Initiativen und Kirchengemeinden, deren Fragen oft sehr von ihrem jeweiligen Gruppenprojekt geprägt waren. Diese Veranstaltung fand im Dortmunder Reinoldinum statt und wurde von einem WDR-Team aufgenommen.

Am Samstag, dem 7. Juli, sprach sie dann auf einer internen Veranstaltung von KOMKAR, an der etwa 60 Mitglieder teilnahmen – was nicht einmal die Hälfte der Dortmunder Vereinsmitglieder ausmacht (!). Positiv hier, dass die Anwesenden in einer Spendensammlung 650,- DM für die Arbeit des Istanbuler IHD sammelten. Auch die Recklinghäuser ev. Kirche hatte eine finanzielle Spende von 500,- DM übergeben, während sich die Dortmunder Initiativen immerhin mit 150,- DM an den Flugkosten beteiligten.

Unser Verein, der IFV, brachte den Rest der Flugkosten (600,- DM) auf und organisierte Abholung und Unterkünfte für Eren Keskin. Somit leisteten alle beteiligten Organisatoren letztlich auch einen praktischen Beitrag zur internationalen Solidarität. Wenn es jetzt auch noch gelingt, Zusammenarbeit und gleichberechtigte Akzeptanz unter den verschiedenen Organisatoren herzustellen, steht der nächsten Einladung Eren Keskins zu einer erneuten Veranstaltungsreihe im Ruhrgebiet nach den Sommerferien nichts mehr im Wege.

**Öznur Sezgin (IFV)**



Diamanten und Öl finanzieren Kriege in Afrika: Wir informieren über Hintergründe und Akteure.

**m)**

**medico international**

Obermainanlage 7  
60314 Frankfurt  
Tel. 069-944380  
[www.medico.de](http://www.medico.de)

**Spendenkonto**  
1800 Frankfurter Sparkasse  
BLZ 500 502 01

## INTERVIEW MIT EREN KESKIN

**Im Rahmen der Dortmunder Veranstaltung, die von KOMKAR organisiert wurde, sprach ÖZNUR SEZGIN, Vorsitzende des IFV, mit EREN KESKIN.**

**SEZGIN:** Frau Keskin, würden Sie uns bitte kurz den IHD und Ihre Person vorstellen?

**KESKIN:** Der IHD wurde 1986 gegründet und ist die erste zivile Organisation nach dem Militärputsch. Unsere Aufgabe ist der Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen, die in allen Bereichen des Lebens ständig zugenommen haben. Der IHD steht in prinzipieller Opposition zum herrschenden System in der Türkei. Wegen seiner politischen Arbeit wird er von Seiten des Staates massiv unter Druck gesetzt. Bis zum heutigen Tag wurden 13 Vorstandsmitglieder des IHD ermordet. Gegen Akin Birdal, unseren ehemaligen Vorsitzenden, wurde von unbekannt Personen ein Attentat verübt, dabei wurde er schwer verletzt.

Ich selber wurde in Diyarbakir von bewaffneten Personen angegriffen. Zahlreiche unserer Büros wurden geschlossen, gegen viele Büros wurden von unbekannt Personen Bombenanschläge verübt. Wir alle wurden wegen unserer Meinungen mehrfach verurteilt und ins Gefängnis gesteckt. Trotz all dieser Schwierigkeiten führen wir unseren Kampf weiter

Ich selbst habe seit 1989 in verschiedenen Ebenen des IHD gearbeitet. Ich bin selber Anwältin und zur Zeit die Vorsitzende des IHD in Istanbul. Außerdem arbeite ich in einem Frauenhilfsprojekt. Wir bieten Hilfe für Frauen, die von Angehörigen des Staates in Untersuchungshaft oder in Gewahrsam gefoltert, sexuelle belästigt oder vergewaltigt wurden.

**SEZGIN:** Wie uns allen bekannt ist, hat das türkische Militär am 19. Dezember 2000 in der Türkei gleichzeitig 20 Gefängnisse gestürmt, um den Hungerstreik der politischen Gefangenen zu beenden. Dabei wur-

den 32 politische Gefangene getötet und Hunderte zum Teil sehr schwer verletzt. Wie verhält sich die Regierung zur Zeit gegenüber den hungerstreikenden Gefangenen?

**KESKIN:** Vor 4 Jahren hat die türkische Regierung auf Druck des Militärs beschlossen, die bisherigen Gefängnisse durch die sog F-Typ-Gefängnisse zu ersetzen. Gegen die damit verbundene Isolation und Folter haben die politischen Gefangenen einen Hungerstreik begonnen, der bis heute andauert. Der von Dir erwähnte Sturm auf die Gefängnisse wurde vom türkischen Staat planmäßig und systematisch organisiert und zynischerweise „Rückkehr ins Leben“ bezeichnet. Inzwischen sind nach dem Angriff weitere 27 Menschen während des Hungerstreiks ums Leben gekommen. Bisher hat die Regierung keinen Schritt in Richtung der Gefangenen gemacht und hat auch nicht die Absicht, dies zu tun. Die Situation ist leider die, dass der Hungerstreik in eine ausweglose Situation gekommen ist. Das einzige, was die Regierung an Zugeständnissen bisher gemacht hat, war, dass sie die Gefangenen, die aufgrund des Hungerstreiks an der Verneka-Kolfakof-Krankheit erkrankten, vorübergehend freiließ, die Fortsetzung ihrer Haft wurde um 6 Monate verschoben.

Wir Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler akzeptieren dies nicht als Lösung. Eine Lösung kann nur in der Abschaffung von Isolation und Folter und in der Aufgabe der F-Typ-Gefängnisse bestehen.

Allerdings sind wir überzeugt, dass die Türkei in der Frage der Gefängnisse die Unterstützung der EU hat, auch wurde das Modell der F-Typ-Gefängnisse von Europa übernommen, solche Isolationsgefängnisse existieren auch in Europa. Isolation und Folter akzeptieren wir nirgendwo auf der Welt und sehen dies als Menschenrechtsverletzung, gegen die wir kämpfen.

**SEZGIN:** Nach dem Sturm auf die Gefängnisse stürzte die Türkei zum wiederholten Mal in eine tiefe Wirtschaftskrise. Unter anderem hat sich die Inflationsrate verdoppelt. Die Regierung hat nun verschiedene Leute eingesetzt, um die Krise zu lösen. Vor allem von Kemal Dervis, der als Finanzminister quasi uneingeschränkte Vollmachten besitzt, verspricht man sich wahre Wunder. Kann Dervis tatsächlich die wirtschaftliche Krise lösen?

**KESKIN:** Nein, natürlich nicht, das ist auch gar keine Frage einer einzelnen Person, sondern ein Frage des gesamten Herrschaftssystems in der Türkei. Die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei ist total verknüpft mit dem politischen System der Türkei, eine Tatsache, die international gar nicht gesehen oder zumindest nicht diskutiert wird. Die Türkei gibt 80 Prozent ihres Staatshaushaltes für Rüstung, Sicherheit und Geheimdienste aus.

Ohne eine grundlegende Demokratisierung des türkischen Systems wird die Türkei keine wirtschaftliche Krise überwinden, daran kann auch Kemal Dervis nichts ändern. Auch die Politik des IWF führt zu keiner Lösung der Wirtschaftskrise.

**SEZGIN:** Zu Beginn unseres Gesprächs haben Sie erwähnt, dass sie auch in einem Frauenhilfsprojekt arbeiten. Würden Sie uns bitte etwas über die Arbeit dieses Projekts berichten?

**KESKIN:** Wir haben ein Büro eröffnet, das vollkommen unabhängig vom IHD arbeitet. Seine Aufgabe ist es, den von staatlicher Seite sexuell misshandelten und vergewaltigten Frauen eine juristische Hilfe anzubieten. Das Büro ist einzig und allein ein Rechtsbüro für Frauen.

Ziel der juristischen Unterstützung ist natürlich auch, den betroffenen Frauen ein Selbstbewusstsein zu ermöglichen, sie zu ermuntern, für ihre Rechte einzutreten.

Zur Zeit haben wir 138 Mandantinnen, die sich an uns gewendet haben und nun unsere juristische Unterstützung erfahren.

Wir bereiten im Namen der betroffenen

Frauen klagen vor und versuchen, ein Verfahren gegen die verantwortliche Person oder Personen einzuleiten. Wenn ein Verfahren eröffnet wurde, der Täter aber vom Gericht freigesprochen wurde, bringen wir jeden einzelnen Fall vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg.

Bei der Unterstützung der betroffenen Frauen haben wir ein großes Problem: Wir haben so gut wie keine Behandlungsmöglichkeiten für die Betroffenen, die zum Teil stark traumatisiert sind.

Es gibt in der Türkei ein einziges Psychosozial- und Traumazentrum, und das ist das der Copa-Tip-Fakultät in Istanbul. Wir versuchen, den betroffenen Frauen eine Behandlung in diesem Zentrum zu ermöglichen, aber es gibt in der Türkei und Kurdistan Tausende von Frauen, die seitens des Staates sexuell misshandelt oder verge-



IFV-Vorsitzende begrüßt Eren Keskin

Foto: IFV

waltigt wurden, es werden also dringend weitere Behandlungszentren benötigt.

Immerhin haben wir durch unsere Arbeit erreicht, dass jetzt das Thema sexuelle Belästigung von Seiten des Staates in Untersuchungshaft in der Türkei öffentlich diskutiert wird.

**SEZGIN:** In Bezug auf die medizinische Versorgung habe ich häufiger gehört, dass es

mit einer so genannten grünen Karte möglich sei, sich kostenlos behandeln zu lassen. Trifft das zu?

**KESKIN:** Personen, die eine solche „grüne

Karte' besetzen, können sich teilweise kostenlos behandeln lassen. Aber nicht jeder in der Türkei besitzt eine solche Karte. Medizinische Versorgung ist ein grundlegendes Problem in der Türkei. Ein Beispiel: Jemand ist schwer erkrankt und muss dringend operiert werden. Wenn man sich nun mit Hilfe der grünen Karte operieren oder behandeln lassen will, muss man Monate, manchmal ein ganzes Jahr warten, bis man drankommt. Ein anderes Beispiel: Lässt sich jemand in einem dringenden Fall in einem Krankenhaus operieren, ohne sofort zu bezahlen, wird derjenige von dem Krankenhaus so lange als Geisel festgehalten, bis jemand kommt und die Rechnung bezahlt. Die Gesundheitspolitik des Staates ist extrem unzureichend und geradezu fürchterlich. Auch das berührt wieder die Systemfrage, denn der Staat gibt das Geld für Rüstung statt für Bildung und Gesundheit aus.

**SEZGIN:** Seit etwa drei Jahren gibt es den von der kurdischen Guerilla einseitig erklärten Waffenstillstand. Wie hat der Staat auf diesen Waffenstillstand reagiert, hat sich an der staatlichen Politik gegenüber den Kurdinnen und Kurden etwas geändert oder wird der Krieg von Seiten des türkischen Staates fortgesetzt?

**KESKIN:** In der staatlichen Politik gegenüber dem kurdischen Volk gibt es keinerlei positive Änderungen. Immer noch gibt es bestimmte Kräfte in der Regierung, die den Krieg fortsetzen wollen. Es gibt immer noch 4000 leer stehende und zerstörte Dörfer in Kurdistan, die nicht wieder aufgebaut wurden, es gibt zehntausend Überfälle durch unbekannte Täter, die immer noch frei herumlaufen, es verschwinden immer noch Menschen, nach denen bis heute gesucht wird, von denen jegliche Spur fehlt. Von Seiten des Staates gibt es dazu keinerlei öffentliche Erklärung, die Politik des Verschwindenlassens wird nach wie vor systematisch durchgeführt. In jüngster Vergangenheit wurden 2 Vorstandsmitglieder von HADEP verschwinden gelassen, das passierte am 25. Januar 2001 in Silopi.

Also, von Seiten des Staates gibt es keine Änderung.

Von Seiten des kurdischen Volkes gibt es ein Friedensangebot.

Um die staatliche Politik in der Türkei zu ändern, muss die türkische Arbeiterklasse Druck auf den Staat ausüben, aber leider stehen die kurdische Frage, die Gefängnisse und andere wichtigen Themen für die türkische Arbeiterklasse nicht auf der Tagesordnung. Die Arbeiter müssen diese wichtigen Fragen diskutieren, nur gemeinsam können wir die Politik des Staates ändern. Aufgrund des passiven Verhaltens der Arbeiter in diesen Grundfragen sind wir von einer Demokratisierung sehr weit entfernt. Der Staat hat nicht die Absicht, sich freiwillig zu verändern. Deshalb müssen sich alle demokratischen Organisationen einigen und gemeinsam kämpfen, um ihre Stärke zu vergrößern.

**SEZGIN:** Wie hat sich die Arbeiterklasse in der Wirtschaftskrise verhalten, hat es Proteste gegeben?

**KESKIN:** Die Widerstandsaktionen der Arbeiterklasse gegen die Folgen der Wirtschaftskrise waren sehr unzureichend. Sicher, es wurde Protestaktionen seitens der Arbeiterklasse durchgeführt, aber erstens waren sie unzureichend und zweitens waren sie auf ökonomische Forderungen beschränkt. Die ökonomischen Forderungen der Arbeiterklasse müssen mit politischen Forderungen verknüpft werden, aber dies fehlt in der Türkei.

Fragt man sich, warum das so ist, wird man eine ganze Reihe von Gründen finden. Der erste und wichtigste Grund sind die Gewerkschaften. Sie sind vollständig vom System abhängig und führen dementsprechend keinerlei systemkritische Aktionen durch. Dies hat wiederum große Auswirkungen auf die Situation innerhalb der Arbeiterklasse. Das herrschende System muss in der Türkei auf allen Ebenen bekämpft werden, auch in der Reihen der Opposition.

**SEZGIN:** Folter, Verschwindenlassen und Mordaktionen werden fortgesetzt – auf der

anderen Seite strebt die Türkei die EU-Mitgliedschaft an. Wie ist Ihre Meinung in dieser Frage ?

**KESKIN:** Wie wir wissen, wird die Türkei in Wirklichkeit vom Militär regiert. Ich glaube, dass diese Kräfte nicht wirklich für die Mitgliedschaft in der EU sind. Außerdem glaube ich auch nicht, dass die größeren Mächte in der EU die Aufnahme der Türkei tatsächlich wollen, vielleicht werden sie die Türkei im Rahmen eines bestimmten Status als Mitglied anerkennen. Wenn die Türkei ernsthaft Mitglied werden möchte, müssten von der türkischen Regierung bestimmte Schritte in Richtung Demokratie gemacht werden. Davon ist die Türkei weit entfernt.

**SEZGIN:** Wird auf die Türkei seitens der EU Druck ausgeübt, Schritte in Richtung Demokratie zu unternehmen, z.B. in der Kurdenfrage ?

**KESKIN:** Was zur Zeit unternommen wird seitens der EU, ist nur Augenwischerei. Außerdem glaube ich nicht, dass die Türkei von Seiten der EU tatsächlich unter Druck gesetzt wird. Länder, die sich angeblich für die Menschenrechte der Kurden einsetzen, verkaufen gleichzeitig Waffen an die Türkei. Von daher sind die Forderungen nicht ernst gemeint, den Ländern geht es bei den Beziehungen zur Türkei im Grunde um ihre eigenen Vorteile. Die einzige Kraft, die die Regierung unter Druck setzen kann, ist das türkische Volk selber.

**SEZGIN:** Welche Unterstützung erwarten Sie und der IHD von den demokratischen Kräften in Deutschland ?

**KESKIN:** Wir müssen unsere Kontakte intensivieren, das ist sehr wichtig. Wir führen z.B. bestimmte Kampagnen in der Türkei und auch in Kurdistan durch, bei denen wir eure Unterstützung erwarten. Außerdem könnt ihr Kommissionen und Ausschüsse bilden, die in die Türkei kommen und die Orte besuchen, an denen Menschenrechtsverletzungen begangen werden, darüber berichten und Berichte veröffentlichen. Diese Arbeit ist sehr wichtig. Bei allem, was pas-

siert, hat der Druck der demokratischen Kräfte aus dem Ausland immer eine Auswirkung auf die türkische Regierung. Also, wir erwarten den Ausbau solidarischer Beziehungen zwischen den demokratischen Kräften in Deutschland und der Türkei.

**SEZGIN:** Der IHD ist eine unabhängige Organisation und führt seinen Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen durch den Staat durch, also wird er selbstverständlich vom türkischen Staat nicht finanziell unterstützt. Wie finanziert sich der IHD und wie ist seine finanzielle Lage ?

**KESKIN:** Wir finanzieren uns durch die Mitgliedsbeiträge unserer Mitglieder und durch Spenden. Leider befindet sich der IHD in einer ernsten finanziellen Krise, zur Zeit bezahlen wir die Arbeit alle aus eigener Tasche, um unsere Projekte überhaupt realisieren zu können.

**SEZGIN:** Herzlichen Dank für dies Interview.

**KESKIN:** Ich bedanke mich ebenfalls.

**Spendenaufruf + Spendenaufruf + Spendenaufruf +**

**Im Rahmen der Gegenproteste des EU-Gipfels in Göteborg (14.-16.Juni '01) wurden mehr als sieben GlobalisierungsgegnerInnen festgenommen und sitzen immer noch in Haft. Die Polizei verhindert den Angehörigen und Freunden jegliche Information und Kontakt. Für Anwaltskosten, Kommunikationsmöglichkeiten, materielle Unterstützung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit brauchen wir EURE finanzielle HILFE.**

**SOLIDARITÄT ist unsere Waffe!**

**SPENDENKONTO:  
Rote Hilfe e.V. Stichwort Göteborg  
Konto No.: 7189590600  
Berliner Bank  
BLZ 100 200 00**



**Spendenaufruf + Spendenaufruf + Spendenaufruf + S**

## FRIEDENS-KRISE

### Kurdische Perspektiven in Europa und der Türkei (I)

Von Hans Branscheidt

**Europa steht vor unruhigen Zeiten, vom Frieden ist nur verbal die Rede. Die heftigen Demonstrationen und sozialen Proteste zum 1. Mai von Istanbul über Berlin bis London, die Attacken der Globalisierungsgegner in Prag und Genua sind Reaktionen und Neuformierungen sozialen Widerstands der von der Mondialisierung negativ Betroffenen.**

Zeitgleich mit den Mai-Ereignissen hatte der deutsche Bundeskanzler seine neuen Leitvorstellungen für die zukünftige Gestalt der Administration der Europäischen Union veröffentlicht: Mehr Macht für die Kommission, Budgethoheit für das Parlament und ein Lenkungsgremium konstituiert als Länderkammer, deren Mitglieder die Vertreter der beteiligten Regierungen Europas sein sollen. Rational gestaltet, effizient arbeitend, mit Beschlusskompetenz ausgestattet und auf einheitliche Durchsetzungsfähigkeit hin konzipiert – so sollte der größte wirtschaftliche Block der Welt entstehen und regulierbar werden: Ein Macht- und Bevölkerungsgebilde, das am Ende fast 400 Millionen Menschen umfassen wird, das hiesigen Asylorganisationen einiges an argumentativer Arbeitslosigkeit bereiten wird, weil nach kurzer Übergangszeit Freizügigkeit herrschen soll. Millionen europäischer Neubürger & Bürgerinnen werden in die westlichen Metropolen drängen, deren Kommen aber keineswegs weiterhin mehr abgewehrt werden soll, sondern deren Mobilisierung in den letzten Monaten in erster Linie von den Eliten der deutschen Wirtschaftsverbände gutgeheißen wurde. Die Zuwanderungsgesetze hingegen gelten recht eigentlich dann ausschließlich für die außereuropäischen Sphären, deren Migranten nun nur noch per selektiver Auswahl und möglichst nach favorisierten Qualifikationskriterien die „grüne Karte“ erhalten können.

Diese Neukonstituierung und Gestaltung eines Großeuropas wird zu weitreichenden sozialen Folgen führen, die besonders auch auf die Türkei ihre voraussagbaren Konsequenzen haben werden. Hier, während gerade die Mai-Demonstrationen vorbereitet wurden, diskutierten die Eliten auf einem vielbeachteten Seminar von „Daimler-Chrysler Istanbul“, die Herren Jürgen E. Schrempp und der für Europafragen zuständige stellvertretende Ministerpräsident Yilmaz zusammen mit Euro-Parlamentariern die von ihnen erwarteten und erhofften gesellschaftlichen Reformumstände. Die

von der Europa-Abgeordneten Renate Sommer noch einmal betonten Defizite des türkischen Reformprogramms, Menschen- und Minderheitenrechte betreffend, und auch ihr Hinweis darauf, dass militärische und nationalistische Kräfte der Türkei zuviel an „nationalem Besetzstand und Sonderrechten“ wahren wollten, wurde von Schrempp, der nach Südafrika nun auch Kleinasien für sich entdeckt hat, am Ende zurückgewiesen: „Die Wirtschaft hat ihre Entscheidung längst getroffen. Es ist für uns unverzichtbar, dass die Türkei sich Europa anschließt. Daimler-Chrysler glaubt an die Türkei und wir stehen zu unseren Verpflichtungen“. Erstaunlicherweise nahm die akute Wirtschafts- und Finanzkrise am Bosphorus keinen Raum in der Debatte ein oder wenn doch, dann in einem fast heitergelassenen Ton. Mehrfach wurde betont, dass der Wirtschafts-Crash ebenso erwünscht wie erwartet worden sei, der selber eigentlich nicht anders als ein wohlwogener Teil des Reformprogramms gedeutet werden könne. Wie eine „bittere Medizin“ (Schrempp) trage die Krise dazu bei, das bisherige immer schon labile Machtgefüge nachhaltig zu erschüttern. Eine antiquierte Führungsschicht stehe vor dem verdienten politischen Bankrott. Die Türkei lerne nun unabweisbar, dass sie gezwungen sei, ihre überkommenen administrativen Strukturen unverzüglich zu reformieren: das Staatswesen, das Finanzwesen, die Banken, die Ökonomie, die Infrastruktur und die Steuer- und Sozialgesetzgebung. Nur dafür, für diese Zwecke einzig, seien IWF und Weltbank bereit, weitere Kredite zu geben, wobei die Europäer noch großzügiger seien als die Amerikaner, die bei den kürzlichen Gesprächen der Kreditgeber weit härtere Konditionen hätten diktieren wollen. Die Vertreter von Daimler-Chrysler hielten auch nicht mit ihrer allseits geteilten Ansicht hinter dem Berg, dass die Regierung Ecevit nur noch ein Mandat auf Abruf habe, bis dass die „neuen und gesunden Kräfte, die sehr wohl bereits vorhanden sind“ (Schrempp) in neue und stabilisierte Positionen nachrücken

könnten. Die Frage, wer damit gemeint sei, wurde auf der Tagung nicht sonderlich gestellt, weil alle Bescheid wussten: der ehemalige Weltbank Vize Kemal Dervis, die Repräsentanten der modernen Zweige der türkischen Ökonomie aus dem Lager von Tüsiad, und diese gestützt auf die Zustimmung der Militärs und gesichert durch deren Drohung, im Falle des Scheiterns notfalls per Putsch eingreifen zu wollen. Letzteres ein Szenario, das von den anwesenden Elitegruppen aber nur als ultima ratio verstanden wurde.

Diese zutreffende Ausgangssituation vor Augen haben sich führende Kreise der kurdischen nationalen Bewegung ihrerseits dafür erklärt, dass Demokratie und Staatsreform vor allen anderen Dingen Vorrang haben müssten. Auch von kurdischer Seite wird auf die avancierte Kapitalkraft Tüsiad gesetzt, die die türkische Wirtschaft auf internationales Niveau bugisieren möchte, Verwaltung und Staat einschneidend erneuern möchte, um aus dem eigenen Land die führende Regionalmacht im Nahen Osten mit synchronem Anschluss an den Westen zu kreieren, als exemplarisches Vorbildmodell im Bereich der islamisch-rückständigen Geographie.

Die Anpassung der kurdischen Stellungnahmen an diese Vorstellung von einer neuen Türkei macht durchaus Sinn. Sie reflektiert eine politische Situation, in der fast alle der vorhandenen politischen Parteien restlos abgewirtschaftet haben, deren Klientelismus- und Patronagesystem das Land an den sozialen Abgrund geführt hat, deren mafiotische Strukturen die Korruption zur beherrschenden Kultur in Anatolien gerieten ließen. Wo vor allem aber keine der noch agierenden Parteien und Gruppierungen allein oder in Koalitionen mit anderen im Stande wäre, dem gesamten Trauerspiel ein Ende zu bereiten. Wozu wählen, wenn nur wieder die alten Figuren zur Wahl stehen? Zwischen der traumatischen Vorstellung von der Fortsetzung des Ruins durch Ausplünderung, Betrug, organisierte Kriminalität und sozialem Ruin setzt offenbar auch die kurdische Politik auf die Modernitätsversprechen der zukünftig entscheidenden wirtschaftlichen Kräfte, genauer: auf deren Interesse, Vermögen und wahrscheinliche Kraft, einerseits Chaos und eine durchaus nicht von der Hand zu weisende Putschgefahr abzuwehren, indem gleichzeitig eine allgemeine Staats- und Verwaltungsreform, - womöglich auch von weitreichenden Verfassungsänderungen begleitet, - in die Tat umgesetzt würde. Wer die ganze unglückliche Vergangenheit am schmerzlichsten am eigenen Leibe erfahren hat, der mag sich in der Tat nur so entscheiden wollen. In der Hoffnung, selbstverständlich, dass die anstehenden Veränderungen auch der kurdischen Seite Partizipation erlauben und Einfluss-

möglichkeiten reservieren, die auf eine Neudefinition dessen hinauslaufen, was anlässlich der Staatsgründung am 29. Oktober 1923 zu Ungunsten der Kurden beschlossen worden ist.

Wer allerdings sich auf diese Hoffnungen abonniert, erst durch die reinigende Krise zum Frieden gelangen zu können, darf nicht übersehen, für wen und für was man das kurdische Mandat erteilt. Die an den Prinzipien der Weltbank orientierten und an europäische Parameter angemessenen Veränderungen stehen für die rasche und radikale Durchsetzung eines neoliberalen Kurses in der türkischen Realität. Dessen Inhaltsverzeichnis ist längst von westlicher Seite aufgeschlagen und den türkischen Eliten vorgeschlagen worden: Die fast vollständige Beseitigung des agrarischen Sektors im Lande bis etwa 2010. Die Privatisierung von Banken und staatlichen Betrieben. Die drastische Zurückweisung gewerkschaftlicher Lohn- und Sozialforderungen. Die Beseitigung der geltenden Bestimmungen der Rentenansprüche und der immer schon minimalen sozialen Leistungen. Die weitere Privatisierung der gesundheitlichen Versorgung. Die Herstellung von Geldwertstabilität durch antiinflationistische Programme auf der Basis absoluter Lohndisziplin. Die weitgehende Abschöpfung des vorhandenen Volksvermögens.

Das Programm zur wirtschaftlichen „Gesundung“ der modernen Industrietürkei setzt die Einwilligung in die gnadenlose Pauperisierung des größten Teiles der türkischen Bevölkerung voraus. Existenziell bedroht ist die in der Türkei nach wie vor soziologisch bedeutungsvolle Schicht der Kleinhändler und Bazaris. Eine gesicherte Existenz auf dem Land, per Subsistenz oder als Tagelöhner in der Landarbeit, wird nahezu unmöglich werden. Selbst die eiserne Bastion des türkischen Militärs wird sich den anstehenden Reformen nicht versagen können: der Umwandlung einer riesigen Landarmee mit vielen Soldaten in eine hochtechnisierte, schlagkräftige und operational agierende Interventionstruppe zur Sicherung der regionalen Stabilität im Sinne der eigenen Eliten und der westlichen Kapitalgeber und Investoren.

Es bedarf keiner sonderlichen Phantasieanstrengung, um sich die Belastungen und ihre Konsequenzen vorzustellen, die auf die Bevölkerung des Landes am Bosphorus zukommen. Die heute noch überwertig als Demokratie- und Reformpromotoren identifizierten Tüsiad-Kapitalisten werden die resultanten Nöte und Probleme für die Menschen des Landes einzig den Gewerkschaften anlasten, deren Rechte und Möglichkeiten sie folgerichtig thatcheristisch einzuschränken gedenken werden.

(aus: Asiti Baris Nr. 2, Juni/Juli 2001)

## FREILASSUNG VON SAKA DEPO OLOWOLAGBA

**Thüringen. Die Abschiebung von Saka Depo Olowolagba wurde durch Solidarität der Flugpassagiere verhindert. Seitdem befindet er sich in Abschiebehaft und in einem unbefristeten Hungerstreik.**

In den frühen Morgenstunden des 20.6.2001 um ca. 2 Uhr wurde Herr Olowolagba, der schon seit vier Jahren in Deutschland lebt, im Asylheim Weimar, Am Herrenrödchen 19, von Beamten des Bundesgrenzschutzes verhaftet. Innerhalb weniger Stunden wurde er gegen seinen Willen und in Handschellen mit dem Ziel der Abschiebung nach Nigeria zum Frankfurter Flughafen verbracht. Noch im Flugzeug protestierte Herr Olowolagba lautstark gegen seine drohende Abschiebung, was die Aufmerksamkeit der anderen Passagiere erregte. Da die inhumane Art der Fesselung mit Handschellen den Eindruck hervorrief, er sei eine kriminelle Person, sahen sich die Passagiere genötigt, die Situation zu hinterfragen.

Nachdem er erklärt hatte, dass er kein Krimineller sei, solidarisierte sich die Mehrzahl der Fluggäste mit Herrn Olowolagba und protestierte beim Piloten, dass sie nicht in dieser Maschine reisen würden, wenn er die Maschine nicht verlassen würde. Aufgrund dieser Proteste und auch anderer Sicherheitsrisiken lehnte der Pilot der Lufthansamaschine LH 560, die 12.10 Uhr abheben und 20.06 Uhr Ortszeit in Nigeria landen sollte, die Mitnahme von Herrn Olowolagba ab. Daraufhin beendete der Polizeibeamte für dieses mal den Akt der Abschiebung und brachte ihn nach Weimar zurück.

Zurück in Weimar und im Ergebnis der Niederlage der Ausländerbehörde, Herr Olowolagba erfolgreich abzuschicken, wurde er für seine Ablehnung der Abschiebung verurteilt. Das Gericht entschied, dass Herr Olowolagba aus Sicherheitsgründen und zur Erzwingung seiner Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde für 8 Wochen in Abschiebehaft in Untermaßfeld/Thüringen untergebracht werden soll, um einen sicheren Zugriff für weitere Abschiebeversuche zu gewährleisten. Die Verhaftung und Behandlung durch die Beamten muss als brutal bezeichnet werden.

Herr Olowolagba befindet sich erneut im Gefängnis wie ein notorischer Krimineller, diesmal allerdings nicht in dem Land, aus dem er floh, sondern in dem Land, in dem er Asyl suchte – in

Deutschland.

Während seines vierjährigen Aufenthalts in Deutschland setzte Herr Olowolagba sein politisches Engagement fort. Er ist in enger politischer Zusammenarbeit mit „THE VOICE“ Africa Forum, der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen“, sowie der deutschen Sektion der UDFN (United Democratic Front of Nigeria). Herr Olowolagba ist in engem Kontakt mit der internationalen Unterstützungsgruppe für den OPC (O'odua Peoples Congress), einer Organisation, die für die Einberufung einer souveränen nationalen Konferenz und für die Selbstbestimmung des Volkes der Yoruba sowie anderer ethnischer Nationalitäten in Nigeria kämpft. Der OPC hat eine Mitgliedsstärke von über 4,5 Millionen registrierten Mitgliedern und ist damit die größte oppositionelle Gruppe Nigerias.

Im sogenannten demokratischen Nigeria werden Mitglieder des OPC täglich durch Sicherheitsbeamte illegal verhaftet, da eine Blankovollmacht durch den General Olusegun Obasanjo (Nigerias Präsident) besteht, alle Mitglieder des OPC und deren Sympathisanten zu eliminieren (siehe: amnesty international Jahresbericht 2001).

Wenn Herr Olowolagba erst einmal abgeschoben ist, kann er seine Berufung gegen den Negativbescheid des deutschen Bundesamtes nicht weiter verfolgen und erhält keine Möglichkeit, seine zweiten Asylantrag vor Gericht zu begründen.

Die Gewerkschaft hbv in ver.di unterstützt den Protest von THE VOICE und anderen Flüchtlingsorganisationen gegen die Verhängung der Abschiebehaft, die drohende Abschiebung und gegen die stattgehabte Polizeibrutalität gegenüber Herrn Olowolagba!

Wir fordern die unverzügliche Freilassung von Herrn Olowolagba aus der Abschiebehaft!

Wir unterstützen seine Bemühungen, Deutschland unverzüglich in ein sicheres Drittland zu verlassen.

**Angelo Lucifero Gewerkschaft hbv in ver.di  
Landesbezirk Thüringen**

## BUCHBESPRECHUNG

## EINLADUNGEN ZUM DIALOG

## Neuerscheinungen im agimos-Verlag

„Newo Ziro – Neue Zeit ? Wider die Tsi-ganomanie“ – unter diesem Titel ist, herausgegeben von **Zazie Wurr**, im kleinen und engagierten Kieler agimos-verlag ein „Sinti- und Roma – Kulturlesebuch“ erschienen.

Der Untertitel orientiert uns zutreffend über den Charakter des Buches: es versammelt Beiträge unterschiedlichsten Umfangs und Gewichts von einer Vielzahl von Autorinnen und Autoren. Gemeinsamer Bezugspunkt aller Texte ist das Thema der kulturellen Identität von Sinti und Roma in der heutigen Gesellschaft.

Wie der Verlagsort Kiel vermuten lässt, liegt das Gewicht zunächst auf der Situation in Norddeutschland. Tatsächlich ist der Landesverband der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein das Zustandekommen des Buches maßgeblich unterstützt. Wer nun aber erwartet, in dem Beitrag von dessen Vorsitzenden Matthäus Weiss die typischen Verlautbarungen eines Verbandsfunktionärs zu finden, wird angenehm enttäuscht: Weiss erzählt aus seinem eigenen Leben, von einer harten Kindheit und Jugend auf dem Kieler „Zigeunerplatz“ und von der allmählichen Entwicklung seines politischen Engagements.

Der Text von Matthäus Weiss ist aus einem Gespräch mit der Herausgeberin hervorgegangen. Hier wie auch in den Interviews des Bandes ist es der Herausgeberin gelungen, persönlichen Tonfall und Ausdruck ins Schriftliche zu transportieren. Die meisten Texte dieses Bandes zeichnen sich durch eben diesen Gestus

des Erzählens aus, der sich von einer bis auf unsere Tage ausschließlich auf Mündlichkeit vertrauenden Kultur herschreibt. Die Zurückhaltung, mit der diese Haltung hier verschriftlicht worden ist, zählt zu den einnehmendsten und sympathischsten Aspekten des Buches.

Des Problems der Verschriftlichung des *Romanes* nimmt sich ausdrücklich der Beitrag des englischen Linguisten Yaron Matras an. Neben Matras sind noch einige andere Nicht-Sinti, Angehörige der Mehrheitsbevölkerung, mit Texten in dem Band vertreten, die in sozialen und wissenschaftlichen Projekten mit Sinti und Roma zusammenarbeiten. In diesem Zusammenhang können wir hier auch die Rede noch einmal nachlesen, mit der Günter Grass die Gründung seiner „Stiftung zugunsten des Romavolkes“ im Jahre 1997 in Lübeck begleitete.

Mit zwei Beiträgen vertreten ist die Frankfurter Filmemacherin Melanie Spitta, erste Preisträgerin des von Grass gestifteten Otto-Pankok-Preises. Die Beiträge von Spitta sind es, in denen am eindringlichsten auf die Verfolgung der Sinti und Roma unter dem nationalsozialistischen Regime hingewiesen wird und die unnach-sichtlich die nicht nur personellen Kontinuitäten zwischen nationalsozialistischer Zigeunerpolitik und der Bundesrepublik aufzeigen.

Repräsentativ für das Verständnis von Integration, dem sich „Newo Ziro – Neue Zeit ?“ verpflichtet, ist der Bericht von Wanda Kreutz über ihre Arbeit als Mediatorin an einer Kieler Schule. Auf die

Frage, mit der sich Matthäus Weiss in seinem Beitrag auseinandersetzt: wie Sinti und Roma ihre gesellschaftliche Marginalisierung überwinden können, ohne dass ihnen dafür der Preis der Aufgabe ihrer kulturellen Identität abverlangt wird, scheint das Kieler Mediatorenprojekt zumindest für den Bereich der Schule eine Antwort anzubieten.

Eine Kultur, die wie keine andere in Europa von nationaler Borniertheit entfernt und daher seit je europäisch ist, wäre aber nur gewaltsam auf eine strikt regionale Perspektive einzugrenzen gewesen. Mehrere Beiträge verweisen auf die vielfältigen Beziehungen, die die Gemeinschaften der Sinti und Roma über Länder- und Staatsgrenzen hinweg verbinden. Hier sei nur der Text von Lalla Weiss hervorgehoben, Koordinatorin der Nationalen Sinti-Organisation in den Niederlanden, die einen doppelten Emanzipationsprozess als Frau und Angehörige einer Minderheit beschreibt.

Zuguterletzt bleibt noch auf ein zentrales Thema des Buches hinzuweisen: die Musik. Die Bedeutung der Musik, ihre Identität und Zusammengehörigkeit stiftende Funktion und ihr kommunikatives Potential sind Motive, die an vielen Stellen des Buches anklingen. Vor allem Musiker der jüngeren Generation äußern sich hier über ihr Traditionsverständnis und ihre Vorstellungen von einer Weiterentwicklung der Sinti-Musik. Herausgeberin und Verlag haben dem Buch eine eigens produzierte CD mitgegeben, auf der verschiedene Gruppen aus Kiel und Hamburg zu hören sind. Die Leser erhalten so einen unmittelbaren Eindruck, wovon im Buch die Rede ist.

Insgesamt beeindruckt das Selbstbewusstsein und die Selbstverständlichkeit, mit der Sinti und Roma hier das Wort ergreifen, auf ihrer kulturellen Identität bestehen und ihre politischen und sozialen Rechte einfordern.

Idealisierungen und Larmoyanz sind den Autorinnen und Autoren fremd. So stellt das Buch eine wirkliche Einladung zum Dialog dar. Unterstützt wird diese Einladung durch die Gestaltung des Bandes. Die zahlreichen Fotos, ansprechende Typographie und die zugehörige CD tragen dazu bei, die Lektüre abwechslungsreich, spannend und unterhaltsam zu gestalten – ganz wie wir es von einem Lesebuch erwarten dürfen.

Eine Auswahlbibliographie regt zum Weiterlesen an. Ein gelungener und sehr empfehlenswerter Band.

**Zazie Wurr (Hg.), Newo Ziro –  
Neue Zeit ? Wider die Tsigano-  
manie. Ein Sinti- und Roma –  
Kulturlesebuch,  
agimos verlag Kiel, Br., 168 S,  
DM 24,90, ISBN 3-931930-15-X**

**PLANERIN 2002**

- A5-Format, jede Woche im Überblick
- Recyclingpapier und Wire-O-Bindung
- Praktischer Umschlag
- Texte und Fotos über engagierte Frauen und Projekte
- Anhang mit Adressen, Terminen, ...
- Herausnehmbares Adressbuch

- DM 23,50/€ 12,00,  
ÖS 180, SFR 23,50
  - Ab August 2001
- ISBN 3-9806165-5-X



**TERRE DES FEMMES e.V.**

Postfach 25 65, 72015 Tübingen  
Tel. 0 70 71-79 73-0, Fax 0 70 71-79 73-22

MENSCHENRECHTE FÜR DIE FRAU

## Total/Elf/Fina

**Die französischen Globalisierungshaie**

Am 26. Februar 2001 finden in rund 15 Städten Frankreichs Demonstrationen zur Unterstützung von F.X. Verschave, dem Verfasser mehrerer Werke, die sich mit „Französisch Afrika“ befassen, statt. Zunächst handelt es sich um eine Mobilisierung zugunsten der Meinungsäußerungsfreiheit (*droit d'expression*). Drei Staatsoberhäupter afrikanischer Staaten strengen nach Enthüllungen über ihre Schandtaten in seinem Werk „*Noir silence*“ (= Schwarzes Schweigen) gegen ihn einen Prozeß wegen „Beleidigung von Staatsoberhäuptern“ (*offense à chefs d'Etat*) an. Aber im aktuellen Kontext - dem Prozeß zu den gegenseitigen Verwicklungen von Dumas, Mitterand, Sirven & Co., den durch den Mord an Laurent-Désiré Kabila am Vorabend des französisch-afrikanischen Gipfeltreffens in Yaoundé (Kamerun) ausgelösten Untersuchungen und den jüngsten Bildern von Flüchtlingen, die vor den Massakern in Sierra Leone auf der Flucht sind - nimmt diese Mobilisierung einen sehr viel breiteren Charakter an, und zwar den der Verurteilung der Politik Frankreichs in Afrika, jenem berüchtigten „Französisch Afrika“ (Francafrique).

Seit der Kampagne für die Annullierung der Schulden „*ca suffait comme ci*“ (= Es reicht) im Jahr 1989, zu deren stärksten Momenten die Demonstration gegen den G7-Gipfel in Paris während der Präsidentschaft von Mitterand gehörte, ist es das erstmal, daß ein Teil der Volksbewegung öffentlich Anklage gegen die Machenschaften des französischen Imperialismus in Afrika, insbesondere in seinem neokolonialen Einflußgebiet in Westafrika, erhebt. Und diesmal ist (im Unterschied zur Kampagne gegen das G7-Treffen) der französische Imperialismus objektiv der hauptsächliche und einzige Angeklagte.

Das kann Ausgangspunkt für eine grundsätzliche antiimperialistische Mobilisierung werden, die sich auf Dauer bemerkbar macht. Dafür gibt es drei Gründe:

Erstens die Situation in Afrika selbst, wo sich die Enthüllungen über die Machenschaften des Imperialismus entwickeln. Die Bourgeoisie erkennt das indirekt an, wenn sie von einer Welle „antifranzösischer“ Ressentiments in mehreren Schlüsseländern von „Französisch Afrika“ redet. Während in der Mehrzahl dieser Länder bürgerliche oder kleinbürgerliche Strömungen diesen Protest kanalisieren, nimmt in anderen Ländern, vor allem dort, wo es kommunistische Parteien gibt, diese Enthüllungskampagne einen politischen, antiimperialistischen Charakter an. Es ist somit möglich, die Enthüllung um einen gemeinsamen, konkreten Kampf, durch die Entwicklung von Solidaritätsbanden zwischen den Arbeitern und den Völkern des imperialistischen Mutterlandes mit denen der beherrschten Länder zu erweitern. Genau darum geht es bei der Solidaritätsarbeit, die wir insbesondere gegenüber dem Volk von Bukina Faso über seine Partei, PCRV (= Revolutionäre Kommunistische Partei von Ober-Volta), und alle Massenorganisationen leisten. Das ist auch der Sinn der Rundreise der Präsidentin von Kebayina (Organisation der Frauen von Bukina Faso), die auf Einladung der Koordination Egalité im März in Frankreich weilt.

Zweitens gibt es die vielförmige Krise, die die imperialistische Macht selbst schüttelt, die

Rivalitäten mit anderen Mächten, die ihren eigenen Einfluß ausbreiten wollen. Diese beiden Elemente speisen Rechnungsregulierungen, „Enthüllungen“, wie man es augenblicklich um die „Affären“ Dumas & Co. sehen kann. In der Tat kommen eine gute Zahl der Enthüllungen unmittelbar aus „autorisierten Kreisen“, und man ist wieder einmal überrascht zu sehen, mit was für einer Schnelligkeit die Fäden des Knäuels abgewickelt werden können, wenn erst einmal eine Affäre ans Tageslicht gebracht worden ist, ein Beleg, wenn es so ist, daß die Akten existieren! Ohne aus dem Blick zu verlieren, daß es offizielle Geheimdienste sind, die des Innenministeriums und die zahlreichen parallelen Büros, die sie (= die Akten) aufbewahren und veröffentlichen, ist deutlich zu sehen, wie ein „Adressenheft“ zu einem Beweisstück, zu einem Druck- und Erpressungsmittel umgemünzt wird.

Schließlich gibt es eine Welle an Bewußtsein, das man grob als gegen Globalisierung gerichtet (anti-mondialiste) bewerten kann und das die Auswirkungen der Politik der Monopole auf die beherrschten Völker enthüllt. Wenn auch der US-Imperialismus die Hauptzielscheibe dieser Enthüllung ist, ist es heute unmöglich, die Verantwortung französischer Monopole wie Elf/Total/Fina zu verschleiern, ohne als Verfechter der Interessen derselben angesehen zu werden.

Der Sinn, den wir all diesen Treffen als dabei vorhanden beimessen, besteht darin, dabei das antiimperialistische Bewußtsein zu stärken und die konkrete Solidarität mit den Völkern, die gegen diese Monopole und diesen imperialistischen Staat kämpfen, der auch uns ausbeutet und unterdrückt, zu entwickeln.

### Total/Fina/Elf: Der französische Imperialismus bei der Arbeit

#### *Die Ziffern, des Erdölmannas und der Korruption:*

**Gegenwärtige Förderung:**

2,1 Millionen Barrels täglich

(1 Barrel = 158,7 Liter)

**Die Reserven des Konzerns:**

14 Jahre Reserven.

Afrika: 50 % der Gesamtreserven des Konzerns.

**Gewinne 1999:**

23 Milliarden Franc

(100 französische Franc = ca. 28 DM)

**An Aktionäre ausgeschütteter Anteil:**

11 Milliarden Franc

**Für 2000 erwartete Gewinne:**

50 Milliarden Franc

**Als Provisionen an Regierungen der Förderländer gezahlte Summen, die bekannt geworden sind:**

800 Millionen Franc jährlich - 30 Jahre hindurch.

Das erste, was bei der Sirven-Affäre frappiert, ist der Betrag der Geldsummen, die dazu gedient haben, zu kaufen, zu korrumpieren usw. Allerdings sind diese Summen ein sehr geringer Anteil an dem Reichtum, der aus der Ausbeutung der Erdölvorkommen gezogen wird. Das straft auf strikte Weise all die Theorien Lügen, die glauben machen wollen, daß „Afrika Frankreich mehr kostet als bringt“. In Wirklichkeit bereichern sich die in Afrika präsenten Monopole beträchtlich auf dem Rücken der Völker. Das gilt für die Erdölkonzerne, aber auch für die Mineral-, die Agrar- und Lebensmittelkonzerne usw. Man kann sogar sagen, daß die Rentabilität der Investitionen dort generell höher ist als die der im Mutterland getätigten Investitionen, vor allem in der Förderung, schon weil die Arbeitskraft dort sehr wenig

kostet und es praktisch keine sozialen Regelungen gibt. Andererseits weil die Mechanismen vom französischen Staat reguliert werden, um die französischen Unternehmungen abzusichern, die gegen jedes Risiko exportieren (insbesondere über die COFACE <Compagnie française d'assurance pour le commerce extérieur = Französische Außenhandels-Versicherungsgesellschaft>).

Der von Elf praktizierte wirtschaftliche Mechanismus für die Plünderung des Erdöls unterscheidet sich im Prinzip nicht von dem, den die anderen Erdölkonzerne praktizieren. Planungen, Bohrungen, Ausbeutung sind gänzlich in den Händen des Erdölkonzerns. Keines der Länder hat die Möglichkeit, sich dem zu entziehen, es sei denn es gibt sich einem Konkurrenten hin, was sich in Destabilisierungsmanövern, die bis zum finanzierten Militärputsch gehen, niederschlagen kann. Als der kongolesische Präsident Lissouba, Gegner von Nguesso, die Drohung ausgestoßen hat, sich an einen nordamerikanischen Konkurrenten von Elf zu wenden, ist sein Kredit bei den französischen Behörden erheblich geschmolzen. Daß er gemäß den von den französischen Behörden nach vorn gebrachten „demokratischen“ Kriterien gewählt worden war, hatte kein Gewicht mehr angesichts der Drohung, die Kontrolle über die Erdölreichtümer zu verlieren.

Der Preis für das Erdöl wird von den Erdölkonzernen selbst bestimmt. Der Käufer setzt den Preis fest und nicht der Förderer (das Förderland), und das ist generell der Fall für alle Rohstoffe. Die Macht an Ort und Stelle kassiert die Tantiemen als Gegenleistung für das Recht auf Ausbeutung der Vorkommen. Hinzu kommen völlig versteckte „Prämien“, die die persönlichen Konten der Regierenden speisen und zu Waffenkäufen dienen werden, wenn das Land offiziell unter Embargo steht. Leicht zu verstehen ist das Interesse der Erdölkonzerne an der Erhaltung von Kriegsherden in den Ländern, in denen sie sich niedergelassen haben, damit diese Herde gut kontrolliert werden und die Vorkommen nicht in Gefahr bringen. Wer Krieg sagt, sagt Bedarf an Waffen. Infolgedessen werden die Käufe in Erdölmengen, die in Zukunft zu fördern sind, bezahlt. Der Erdölkonzern „schießt“ das Geld „vor“, das dazu dienen wird, Waffen zu kaufen, und das macht sich als Hypothek von mehreren Jahren auf die Förderung bezahlt. Die gemeinsame Arbeit, Erdölkonzern und Waffenhändler, offiziell oder nicht, verstärkt sich nur. Das ist eines der Charakteristika der gegenwärtigen imperialistischen Herrschaft.

Die Erdölgebiete sind die am besten geschützten Gebiete, zugleich durch Waffen der Söldner, durch Militärs des Landes, ja direkt durch die französische Armee. Es ist so, daß kraft der militärischen Kooperationsvereinbarung (deren exakte Klauseln auch heute noch geheim bleiben) es die französischen Militärs sind, die die Erdölplattformen im Falle von „inneren Schwierigkeiten“ schützen. Auf dieselbe Weise war mitten im Krieg der Erdölanschlußpunkt (terminal pétrolier) Pointe Noire in Kongo (Republik Kongo mit der Hauptstadt Brazzaville) unter der Kontrolle französischer Militärs.

Es läuft stillschweigend ab, daß die Völker vollkommen von jeder Teilhabe an diesem Reichtum ausgeschlossen sind.

Seit der Fusion von Total/Fina mit Elf (Aquitaine) ist der französische Erdölkonzern der größte französische Konzern und der viertgrößte Erdölgigant der Welt geworden. Ein echter Vertreter des französischen Imperialismus, vor allem in Afrika. Seit seiner Gründung (1939 als Régie Autonome des Pétroles <RAP>, mit der von der Vichy-Regierung gegründeten Société Nationale des Pétroles d'Aquitaine <SNPA> von De Gaulle nach dem 2. Weltkrieg zum Bureau de Recherches de Pétrole <BRP> als staatliches Unternehmen zusammengeschlossen, das seit 1956 umfangreiche Prospektierungen in Algerien und Gabun, ab 1957 auch in Kongo durchführt, 1966 in die Entreprise de Recher-

ches et Activités Pétrolières <ERAP> (= Unternehmen für Erdölprospektierungen und -aktivitäten) überführt, seit 1967 - zugleich mit der Gründung der US-amerikanischen Tochtergesellschaft Elf Petroleum Corporation - als Elf bezeichnet) hat sich Elf unaufhörlich für die neokolonialen Diktaturen verbürgt, die Korruption auf allen Ebenen gefördert und praktiziert, um den Zugang zum Manna Erdöl aufrecht zu erhalten. Aber Elf ist auch an den örtlichen und regionalen Kriegen beteiligt, die Kongo-Brazzaville und Angola verwüstet haben.

Im ersten Fall hat Elf eine direkte Unterstützung für Nguesso geleistet, um ihm zu helfen, wieder an die Macht zu kommen. Die Details der Operation füllen die Seiten des Werkes von F.X. Verschave. Der Krieg, der die Rückkehr von Nguesso an die Macht ermöglicht hat, hat Tausende von Toten erzeugt. Im Falle von Angola ist der Einsatz von Erdölkonzernen noch bedeutsamer. Die Reserven dieses Landes und seine geostrategische Lage bilden einen Angelpunkt des französischen Imperialismus in diesem Gebiet. Der Krieg zwischen der UNITA (die die Diamanten kontrolliert) und der örtlichen (Staats) macht (die die Erdölgebiete kontrolliert) hat ebenfalls Zehntausende an Toten erzeugt. Im Waffenhandel mit beiden Kriegsparteien findet man Figuren mit den Insignien von Französisch Afrika.

Was Total betrifft, so hat die Katastrophe der Enka der französischen Bevölkerung gezeigt, wie wenig Wert der Konzern auf die örtliche Bevölkerung und ihre Umweltprobleme legt, die durch eine Erdölkonzernstätigkeit erzeugt werden, die dem Streben nach Maximalprofiten gewidmet ist.

### Elf und Kongo

Kongo repräsentiert 12 % der Förderung von Elf, das 70 % des Erdölmarktes des Landes kontrolliert.

Die Ausbeutung der Erdölvorkommen beginnt 1970 unter der Präsidentschaft von Marien Ngouabi. Dieser will, unterstützt durch algerische Sachverständige, einen bedeutenderen Anteil an den Gewinnen aus der Ausbeutung mit dem Generaldirektor von Elf, damals P. Guillaumat, aushandeln. Letzterer setzt dann einen „eisernen Arm“ (bras de fer) bei der kongolesischen Regierung in Bewegung, was schließlich mit einem niemals aufgeklärten Mord an Präsident Ngouabi endet. Dessen Nachfolger, Opango, erreicht die Verurteilung von Elf durch den Internationalen Gerichtshof, bevor er 1979 von Nguesso vertrieben wird.

Damals wird eine völlig korrumpierte Militärdiktatur errichtet, unter der Elf schließlich ungestört das Erdöl fördern kann, während sich das Land in dem wirtschaftlichen Marasmus (= Zustand völliger Auszehrung) befindet. 1992 mündet eine nationale Konferenz in der Wahl von Lissouba, der die Vereinbarungen über Förderung und Aufteilung der Erdöleinnahmen neuzuverhandeln wünscht. Von diesem Zeitpunkt an breiten sich über ganz Kongo hinweg Konflikte zwischen den ethnischen Gruppen aus. Bis zum Jahr 1997, als Nguesso sich selbst zum Präsidenten proklamiert, erzeugt dieser Krieg rund 10.000 Tote, und über 800.000 Menschen werden vertrieben. Nguesso erfreut sich der Gunst von Elf und Frankreich.

### Elf in Kamerun

Man „entdeckte“ die Machenschaften von Elf in Kamerun Ende 1999, als man die Überweisung des Präsidenten Biya von 70 Millionen Franc während der 80er Jahre an eine französische Sekte über eine kamerunische Tochtergesellschaft von Elf zur Kenntnis nahm.

Elf betreibt Desinformation mit der Behauptung, die Erdölreserven gingen zur Neige und die Prospektierung sei unergiebig. Die Förderung wird hingegen bis auf 8 Millionen Tonnen jährlich gesteigert. Augenscheinlich bestehen Reserven, aber Elf hat ihre Ausbeu-

tung - zum Nachteil für die Entwicklung dieses Landes - völlig unter eigener Kontrolle und wartet auf den besten (profitträchtigsten) Zeitpunkt, um die Ausbeutung in diesem Land weiter anzukurbeln.

### **Elf in Tschad**

Elf hat mit dem Bau einer Pipeline (oléoduc) von den Erdölquellen der Provinz Doba bis nach Kamerun, 1070 km lang, begonnen, um ein Erdölkonsortium, das aus den größten Erdölunternehmen besteht, die bereit sind, unter dieser Bedingung in das Erdöl von Tschad zu investieren, zufriedenzustellen. Um diese Pipeline zu finanzieren, verschuldet sich Tschad bei der Weltbank mit 1 Milliarde Dollar ... Geld, das anfangs für den Kampf gegen die Armut vorgesehen war. Elf sieht sich gezwungen, sich aus diesem Projekt zurückzuziehen, unter dem Druck von Menschenrechtsorganisationen, aber auch, weil sich die Ausbeutung im Golf von Guinea als ergiebiger erwiesen haben soll. Alles ist nicht verloren für den französischen Imperialismus, schließlich sind es ja (das französische Bauunternehmen) Bouygues und (das zum französischen Konzern Alcatel Alsthom gehörende, in Frankfurt am Main ansässige Elektronikunternehmen) Cegelec, die die Herrschaft beim Bau der Pipeline gewährleisten. Auf dem Programm stehen massive Umweltzerstörungen, willkürliche Vertreibungen der Bevölkerung und Enteignung von Bauern ohne wirkliche Entschädigung. Die gewählte, am wenigsten kostspielige, Strecke durchzieht beide Länder (Tschad und Kamerun) in gerader Linie.

### **Elf und Angola**

7 % der Erdölimporte der USA kommen aus Angola.

Die derzeitige Förderung liegt bei 800.000 Barrel täglich.

1999 haben Elf, Exxon und BP-Amoco 1 Milliarde Dollar an die Regierung in Luanda für Projektierung gezahlt. Präsident Dos Santos soll 1992 darüber hinaus 5 Millionen Dollar als Sondervergütung erhalten haben.

Dieses gesamte finanzielle Manna dient zur Ausrüstung der Regierungsarmee mit Flugzeugen, Panzerfahrzeugen (blindés) usw. Die Rebellenstreitkräfte der UNITA (einer völlig reaktionären Bewegung) profitieren ebenfalls von Finanzierungen durch Erdölkonzerne, für das Recht, (die Vorkommen) in Frieden auszubeuten.

Der Bürgerkrieg, der in diesem Land seit über 20 Jahren wütet, hat über 500.000 Opfer hervorgebracht. Trotz seiner außerordentlichen Reichtümer gehört das Land zu den Ländern mit der geringsten Entwicklungsrate.

### **Total, Elf und Algerien**

Mitten im algerischen Krieg werden die Erdgasvorkommen entdeckt. Nach der Unabhängigkeit (Algeriens) werden Vereinbarungen getroffen, um dem algerischen Staat zu erlauben, von Ausgleichszahlungen für die Ausbeutung seiner Ressourcen durch Frankreich zu profitieren. 1971 (Algerien nationalisiert das Erdöl, der Konzern Elf, der die vom algerischen Staat verlangten Gegenleistungen verweigert, zieht sich zurück und läßt vor Ort Total zurück, das in Erwartung besserer Zeiten eine minimale Investition aufrechterhält). Die Krise, die Algerien während der 80er Jahre durchmacht, hat erneut die Vereinbarungen ins Spiel gebracht, zugunsten der ausländischen Investoren, darunter Total und, seit der Fusion, Total/Fina/Elf.

(Text aus: *LA FORGE*, Zentralorgan der Kommunistischen Arbeiterpartei Frankreichs, Nr. 405/Februar 2001, [www.geocities.com/pcof\\_f](http://www.geocities.com/pcof_f).)

## Bericht eines klassenkämpferischen Gewerkschafters aus Burkina Faso

Am 14. Juli 2001 sprach im Alten Bahnhof Bochum-Langendreer auf Einladung deutscher Kollegen vom Internationalen Gewerkschaftertreffen in Bourges der Kollege Florent Hien, Vertreter von SYNTER (Syndicat National des Travailleurs de l'Éducation et de la Recherche = Nationale Gewerkschaft der Arbeitenden in Erziehung und Forschung), einer der 12 beruflichen Gewerkschaften und Föderationen, die sich zusammen mit rund 60 Betriebsgewerkschaften aus fast allen 30 Provinzen von Burkina Faso in dem am 29.10.1988 im Centre d'Éducation Ouvrière (Arbeiterbildungszentrum) von Ouagadougou, der Hauptstadt von Burkina Faso, gegründeten Gewerkschaftsdachverband CGT-B (Confédération Générale du Travail du Burkina = Allgemeine Konföderation der Arbeit von Burkina Faso) zusammengeschlossen haben.

### Einige Daten über Burkina Faso

Das 274.200 km<sup>2</sup> große, rund 11,5 Millionen Menschen zählende westafrikanische Land Burkina Faso (früher Republik Ober-Volta) ist für die meisten Menschen in Deutschland ein weißer Fleck auf der Landkarte. Es grenzt im Nordwesten an die Mali-Föderation und im Nordosten an die Republik Niger, südlich davon an die Republik Benin, weiter südwestlich folgt die Grenze zu Togo, Ghana und Elfenbeinküste. Burkina Faso ist mithin ein Binnenstaat ohne eigene Meeresküste. Die sich aus 160 Ethnien zusammensetzende Bevölkerung gehört zu 48 % dem Volk der **Mossi** an, zweitstärkste Völkergruppe sind die **Mandé** (zu der die Bobo mit rund 17 %, die Sanike und die Diula gehören), die drittstärkste Volksgruppe (rund 10 %) sind die **Fulbe** (oder Fulani), es folgen Dagara und Lobi (7 %), Gourmantché (oder Gur) (mit 5 %); außerdem leben rund 5000 Europäer (meist Franzosen) in Burkina Faso. Neben der Amtssprache Französisch werden vor allem More (die von den Mossi gesprochene Gur-Sprache), mehrere Mandé-Sprachen (darunter Manding, Soninke und andere) sowie Ful gesprochen; als Handelssprachen werden auch Arabisch und Englisch benutzt. Von der Religionszugehörigkeit her hängen laut Fischer Weltatlas 2001 über 50 % der Bevölkerung Naturreligionen an, 43 % sind Moslems, 12 % werden dem Christentum (vor allem Katholizismus) zugerechnet. (Die Addition ergibt über 100 %, wohl weil es Überlappungen gibt.)

Im Unterschied zu den meisten anderen Staaten weist der Fischer Weltatlas seit Jahren keine Chronik der politischen Ereignisse für Burkina Faso aus; das Land ist seit seiner offiziellen Unabhängigkeit am 05.08.1960 von Frankreich eine Präsidialrepublik; Nationalfeiertag ist der 11.12. (Ausrufung der Republik). Der Präsident wird für jeweils 7 Jahre gewählt; seit 1987 bekleidet dieses Amt **Blaise Compaoré**, der am 15.11.1998 mit 87,5 % der Stimmen wiedergewählt wurde (seine Partei, der **Congrès pour la Démocratie et le Progrès**, verfügt über 101 von 111 Sitzen in der **Assemblée des Députés Populaires** (Versammlung der Volksdeputierten).

Einige Zahlen zur wirtschaftlichen Lage: Das Bruttosozialprodukt betrug (1998) 2,575 Mrd. \$ (1 US\$ damals = 687,730 CFA-Franc; 1 Euro = 655,957 CFA-Franc; da jedoch der CFA-Franc zum festen Kurs 100:1 an den französischen Franc gekoppelt ist, kann er nur über diesen in Euro gewechselt werden, ist aber an diesen gebunden und daher auf dem Weltmarkt durch das Sinken des Euro gegenüber dem Dollar gesunken; insbesondere beim Import von Erdöl und Nahrungsmitteln macht sich das für Burkina Faso empfindlich bemerkbar. Zwar besteht der überwiegende Teil der Wirtschaftstätigkeit des Landes aus Landwirtschaft - 92 % der Erwerbstätigen sind in diesem Sektor tätig -, aber es werden bei weitem nicht genug Lebensmittel im Lande erzeugt, um die Bevölkerung zu ernähren, denn die Landwirtschaft wird vom Export bestimmt, und der besteht vor allem in Rindern, für die Weidewirtschaft betrieben wird; Florent Hien erklärte, das Problem mit der „vache folle“ (BSE) kenne man in Burkina Faso nicht, das sei wohl eine der „Errungenschaften“ der hochindustrialisierten kapitalistischen Länder. Beim pflanzlichen Anbau überwiegt die Tomate, die zu Ketchup verarbeitet wird.

Die Abhängigkeit von Frankreich kommt auch darin zum Ausdruck, daß die meisten Importe - 29 % aus diesem Land kommen, es folgen Elfenbeinküste und Japan; der Hauptexport geht mit 16 % ebenfalls nach Frankreich, mit 11 % folgt die Elfenbeinküste.)

Die Abhängigkeit von der Weltbank kommt in der hohen Auslandsverschuldung (1998) von 1,399

Mrd. \$ deutlich zum Ausdruck. Unter diesen Umständen ist die wirtschaftliche Lage des Landes ver-zweifelt - und angesichts dessen gewerkschaftliche Arbeit äußerst schwierig.

### Eine nahezu verzweifelte Ausgangslage

In seinen Ausführungen über die Schwierigkeiten der Bevölkerung von Burkina Faso hob Florent Hien hervor:

„In einer Rangliste der UNO über das Lebensniveau der Einwohner der Staaten der Welt liegt Burkina Faso von 174 Staaten auf Platz 172. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung liegt bei 240 \$ pro Jahr, Tendenz sinkend. Nur 40 % der Bevölkerung besuchen eine Schule; auf 30.000 Menschen kommt nur 1 Arzt (die Mindestnorm der Weltgesundheitsorganisation WHO liegt bei 1 Arzt auf 10.000 Einwohner). 45,5 % der Bevölkerung leben unterhalb der absoluten Armutsgrenze (Personen, die über weniger als 240 DM pro Jahr verfügen). Mehr als 80 % der Erwerbstätigen sind Bauern und Landarbeiter, die noch mit Hacke und Pflug arbeiten und den klimatischen Zufällen ausgesetzt sind. In Jahren mit geringem Regenfall (wie in diesem Jahr) greift die Hungersnot um sich. Auch die verheerenden Folgen der Klimakatastrophe haben also zuerst die ärmsten Länder der Erde zu tragen. Für die Erwerbstätigen besteht ein garantierter Mindestlohn von 85 DM monatlich; bei einer erwerbsfähigen Bevölkerung von 4 Millionen sind allerdings nur 200.000 Menschen regulär beschäftigt (d.h. 5 %). Da das Land seit 1991 in den **PAS** (strukturellen Anpassungsplan) des **Internationalen Währungs-fonds** eingebunden ist, um seine Schulden bei der Weltbank tilgen zu können, sah sich der Staat veranlaßt, den sozialen Bereich praktisch ganz aufzugeben und die wichtigsten staatlichen Unternehmen zu Schleuderpreisen an ausländische Investoren zu verkaufen, was zu weiterer Arbeitslosigkeit und weiter wachsendem Elend führt.

Politisch ist Burkina Faso äußerst instabil. In den 40 Jahren seines Bestehens hat es 11 Regierungen gegeben, von denen 7 aus Staatsstreich hervorgingen. Eine tiefe politische Krise durchläuft das Land seit dem 13.12.1998, als auf direkte Veranlassung eines Verwandten des Regierungschefs der Journalist **Norbert Zongo** sowie 3 Personen, die ihn begleiteten, ermordet und die Leichen mit Benzin übergossen und verbrannt worden waren. Es ist das Ereignis, das bei vielen Menschen in Burkina Faso das Faß zum Überlaufen brachte, nachdem die Staatsgewalt durch rund 100 Bluttaten sowie zahlreiche Wirtschaftsverbrechen erhebliche Vertrauenseinbußen erlitten hat. Jedes Jahr um den 13.12. herum (das Datum fällt fast mit dem Nationalfeiertag zusammen, was es für die Polizei schwierig macht, beizeiten Freund und Feind zu trennen) kommt es seitdem zu erheblichen Zusammenstößen zwischen Volk und Staat.

In Burkina Faso, das gern als eine Musterdemokratie hingestellt wird, foltert die persönliche Garde des Präsidenten Regimegegner. Einer der Gefolterten, **David Ouédraogo**, ist nachweislich zu Tode gefoltert worden. Der Bruder des Präsidenten, **Blaise Compaoré**, hatte ihn des Diebstahls bezichtigt. Nach der Ermordung von Zongo, der über die Machenschaften der Regierung recherchiert hatte, war zunächst ein Untersuchungsausschuß gebildet worden, dessen Untersuchung jedoch - da er durch den Präsidenten unter Druck gesetzt wurde - im Sande verlief; gegen die Nicht-Bestrafung der Mörder Zongos ging das Volk von Burkina Faso überall im Lande und aus allen gesellschaftlichen Schichten zu Tausenden auf die Straße mit dem Ruf: 'Was zu viel ist, ist zu viel!' Die Massen - insbesondere viele Jugendliche - forderten und fordern bis heute Offenlegung der Tatsachen und Bestrafung der Schuldigen. Sie beantworten die staatliche Gewalt mit Gegengewalt.“

### Zur Gewerkschaftsbewegung in Burkina Faso

Florent Hien skizzierte die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in seinem Land so:

„Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs waren die afrikanischen Arbeiter in den französischen Gewerkschaftsorganisationen CGT, CGT-FO und CFTC organisiert und verteilt. Nach 1944 fingen sie allmählich an, sich in einer revolutionären Gewerkschaftsorganisation zu sammeln, aus der die **UG-TAN** (Union Générale des Travailleurs d'Afrique Noire = Generalunion der Arbeitenden Schwarzafrikas) entstand.

In Burkina Faso erblickten die Gewerkschaften 1946 in (der im Westen von Burkina Faso gelegenen Stadt) **Bobo Dioulasso** das Licht. Seit ihrer Entstehung zeigten sich die burkinesischen Gewerkschaften sehr kämpferisch - im Kampf für die Verbesserung der Lebensumstände ihrer Mitglieder und im Kampf gegen den Kolonialismus.

Zur Entstehung des klassenkämpferischen Syndikalismus:

Von den 80er Jahren an:

- Kämpfe gegen den Reformismus in den Gewerkschaften,
- Äußerung einer kritischen, revolutionären und klassenkämpferischen Strömung,

- Ausschluß und Unterdrückung von Mitgliedern, die Träger dieser Strömung waren,
- Gründung neuer Gewerkschaften durch diese Mitglieder,
- Entwicklung und Konsolidierung dieses revolutionären Pols zwischen 1983 und 1987,
- Einheit der neuen Gewerkschaften, Gründung der CGT-B im Oktober 1988.

Die CGT-B ist die größte und kämpferischste Organisation in Burkina Faso. Sie besteht aus 12 beruflichen Gewerkschaften und etwa 60 Betriebsgewerkschaften. Sektoren, die abgedeckt sind: Erziehung, Gesundheitswesen, Finanzämter, öffentliche Arbeiten und Bau, Bergwerke, Banken und Versicherungen, Energie, Wasserkraftwerke, Telekommunikation, Information und Kultur, Landwirtschaft, Textilindustrie usw.

Soziale Zusammensetzung: Arbeiter aller sozialen Stellungen, jeden Alters und verschiedener Abstammung, Arbeiter aller Qualifikationen, ausführende und planende Kader, Praktikanten, Funktionäre, Rentner und Arbeitslose.

Die CGT-B ist über das ganze Land verteilt und umfaßt 25 Provinzvereinigungen.

Von der etwa 4 Millionen zählenden arbeitsfähigen Bevölkerung von Burkina Faso sind Lohn- und Gehaltsempfänger nur 200.000, davon etwa 40.000 im öffentlichen Dienst. Die Anzahl der gewerkschaftlich Organisierten beträgt 80.000. In der CGT-B sind davon 40.000 bis 50.000 (über 50 %).

Wichtigste Forderungen und Kämpfe:

Kampf für Verbesserung der Kaufkraft der Arbeiter:

- Wiedereinführung des Bewertungsindex in 1994, Erhöhung der Löhne um 3 bis 5 %,
- 1996: Erhöhung der Löhne um 3 bis 4 %,

Der Kampf gegen Privatisierungen und Entlassungen nimmt einen wichtigen Platz bei den Forderungen ein, feste und konstante Unterstützung der Arbeiter in den privatisierten Unternehmen in ihren Kämpfen, Gewährung von ausgehandelten Rechten für die Entlassenen über die vertragsmäßigen Rechte hinaus.

Kampf gegen globale Reform der Verwaltung, Analyse der Bestimmungen der Reform, ausgedehnte Informations- und Aufklärungskampagnen, verschiedene Manifestationen (Streiks, Meetings, Märsche gegen die Reform).

Kampf gegen die Straflosigkeit: Seit Dezember 1998 (nach dem Mord an Zongo) bis zum heutigen Tag gibt es mehr als 100 politische Bluttaten und ebenso viele Wirtschaftsverbrechen (Unterschlagungen). Aktive Teilnahme an der Gründung, Ausrichtung und Führung des Bündnisses der demokratischen Massenorganisationen und politischen Parteien.

Das Bündnis ist eine Vereinigung von politischen Parteien, Gewerkschaften, Vereinen (mehr als 50 Organisationen), die dafür kämpft, daß die Wirtschafts- und Blutverbrechen aufgeklärt werden.

- Die CGT-B leistet einen wichtigen Beitrag bei der Verankerung des Bündnisses im ganzen Land.

- Die CGT-B besetzt verantwortliche Stellen auf verschiedenen Ebenen des Bündnisses: national: Vizepräsidentenschaft; regional: Regionalverantwortliche).

So nimmt die CGT-B seit zweieinhalb Jahren aktiv an der Volksbewegung gegen die Straflosigkeit, die vom Bündnis ins Leben gerufen wurde, teil.

Wichtige Erfolge des Bündnisses:

- Bildung einer unabhängigen Untersuchungskommission,
- Information über und Erziehung zu den bürgerlichen Rechten. Die Bevölkerung weiß, was Straflosigkeit der Wirtschafts- und Blutverbrechen heißt und leistet immer mehr Widerstand gegen die Willkür;
- das Erwachen des Bewußtseins im Volk und die Wiedergewinnung der Kampfbereitschaft unserer Bürger für die Verteidigung der Freiheiten und unserer Rechte.

Dieser Kampf gegen die Straflosigkeit findet unter Verhältnissen der Unterdrückung statt. Belagerungszustand, Besetzung der Gewerkschaftshäuser durch die Polizei, Verhaftung und Verprügelung von Mitgliedern, gerichtliche Abmahnung und Haftstrafen für Verantwortliche des Kollektivs, Ausweisung von Mitgliedern aus manchen Orten, Niederbrennen von Häusern usw.

In diesem Kampf hat es nicht an internationaler Solidarität gefehlt, und das ist zu begrüßen.

KD

**Hinzuweisen sei abschließend noch auf die Informationsbroschüre „Gewerkschaftlicher Kampf in Burkina Faso - Die Arbeit der CGT-B“, zu bestellen bei der Zukunftswerkstatt, Bönningheimer Str. 67, 70435 Stuttgart, Telefon 0177/3754713, E-Mail Intertradeunion@web.de, zum Preis von 2,50 DM nebst Porto. Sie enthält eine Sammlung von Übersetzungen aus verschiedenen Ausgaben der CGT-B-Zeitung „Le Travail“.**

# GRENZCAMP 2001

**„kein mensch ist illegal“  
Rhein-Main-Region und Flughafen Frankfurt  
Die inneren Grenzen im Visier**

**Aufruf des Vorbereitungsplenums**

**Vom 27. Juli bis zum 5. August 2001 wird in Frankfurt am Main  
das 4. antirassistische Grenzcamp unter dem Motto  
„kein mensch ist illegal“ stattfinden.**

Wie die Jahre zuvor richtet sich auch das diesjährige Camp gegen das Grenzregime Deutschlands und Europas und stellt sich in den Zusammenhang und die Kontinuität der vielfältigen Kämpfe dagegen. Ohne falsche Bescheidenheit attackiert es das feinmaschige Netz, das von Grenzzaun, BGS-Patrouillen und Internierungslager über rechtliche Diskriminierungen, bürokratische Gängelung, populistische Reden, denunzierende Bürger bis zur Jagd auf Illegalisierte und tägliche Abschiebungen reicht. Das Camp mischt sich mit allen erdenklichen Mitteln ein – von der öffentlichen Veranstaltung über solidarische Unterstützung bis zur möglichst störenden Aktion – gegen die Rassismen in diesem Land und fordert die Herrschaft des Passes mit dem goldenen Adler heraus.

Nach drei Campjahren in Orten direkt an der Grenze zu Polen und Tschechien wurde als Ort für diesen Sommer das Rhein-Main-Gebiet und der Frankfurter Flughafen gewählt. Fokussiert werden damit die „inneren Grenzen“ des nationalen Grenzregimes. Der Schwerpunkt der anvisierten Aktionen liegt auf dem Flughafenverfahren und dem Internierungslager am Rhein- Main-Airport. Mit einer überregionalen Abschlussdemonstration soll am Samstag, dem 4. August 2001, den Forderungen nach der sofortigen Auflösung des Internierungslagers und dem Stop aller Abschiebungen nochmals Nachdruck verliehen werden.

Gegenstand des diesjährigen Camps sind auch die Grenzen, die legalen wie illegalen MigrantInnen das Leben in den städtischen Zentren der Region schwer machen – angefangen von innerstädtischen Personenkontrollen bis zu Diskriminierungen auf Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Eine besondere Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Kampagne der Organisation afrikanischer Flüchtlinge

THE VOICE gegen die Residenzpflicht, d.h. dagegen, dass Flüchtlingen im Asylverfahren untersagt wird, den ihnen behördlich zugewiesenen Bezirk zu verlassen. Die Mitglieder von THE VOICE verstoßen bereits mit ihrer Teilnahme am Camp gegen die Residenzpflicht. Die Legalisierung aller in Deutschland lebenden „illegalen“ ist eine zentrale Forderung des Camp-Zusammenhanges.

In der wirtschaftlich mächtigen und sich so weltoffen gebenden Multi-Kulti-Region liegt die Herausforderung des Camps 2001 darin, deutlich zu machen, dass es radikalen linken Widerstand auch gegen den flexibilisierten Rassismus eines sich modernisierenden Migrationsregimes gibt. Gegen eine Politik, die Menschen in Kategorien „nützlich“, „hinreichend angepasst“ und „kulturell bereichernd“ sortiert und lenkt, sollen all die Initiativen und Praktiken unterstützt werden, die diese Ordnung durcheinanderbringen und sich ihr entziehen.. Die politischen Perspektive des Camps macht nicht halt bei Erleichterungen, Quotierungen, Green Cards oder „humanitären Verbesserungen“, sondern streitet für das Recht und die Möglichkeiten, dass jeder Mensch dorthin gehen und dort leben kann, wohin und wo er und sie will.

Ohne wenn und aber.

Neben den antifaschistischen und antirassistischen Aktionen und Wirkungen „nach außen“ liegt eine zentrale Bedeutung des Camps auch in der „Binnen-Auseinandersetzung“. Das Camp, an dem in den letzten drei Jahren jeweils 500 bis 1000 Menschen teilnahmen, ist zu einem wichtigen Ort des Erfahrungsaustausches unterschiedlicher antirassistischer Szenen und Spektren geworden. Hierbei hat sich gezeigt, dass das Camp sowohl für den Anspruch als auch für die Schwierigkeiten gemeinsamen politischen Handelns steht. Gerade weil das

Camp sich (jeweils neu) aus einer Vielzahl heterogener Perspektiven und vor dem Hintergrund unterschiedlicher Lebensrealitäten zusammensetzt, fordert es dazu heraus, sich über diese Divergenzen und dennoch mögliche gemeinsame Ansätze, Positionen und Aktionen auseinander zu setzen. Als wichtige Diskussionsfelder stehen hierbei Thematiken wie das Verhältnis zwischen „deutschem“ Antirassismus und migrantischer Selbstorganisation, zwischen Rassismus/Sexismus und Antirassismus/Antifaschismus, die letztjährige Staatsantifadebatte sowie Verschiebungen in der herrschenden Einwanderungspolitik ganz oben auf der Liste des Grenzcamps 2001.

Wir fordern hiermit alle Interessierten auf, sich am Grenzcamp 2001 zu beteiligen bzw. einzubringen.

#### Anvisierte Schwerpunkte des Camps 2001

##### Tatort Flughafen

Der Rhein-Main-Flughafen ist die „wichtigste Außengrenze innerhalb der BRD“. Mit dem diesjährigen Camp wird diese zum erstenmal zum Zielpunkt einer bundesweiten antirassistischen Mobilisierung, und dafür gibt es gute Gründe.

Der Rhein-Main-Airport ist der deutsche Abschiebeflughafen Nr. 1. Über 10 000, also im Tagesdurchschnitt 30 bis 40 Menschen, werden von hieraus jährlich abgeschoben, die Hälfte davon in Maschinen der Lufthansa. Immer wieder werden solche Abschiebungen unter Anwendung aller Gewaltmittel durchgesetzt. So ist es kein Zufall, dass Kola Bankole 1994 und Aamir Ageeb 1999 beim Abflug von Rhein-Main in Lufthansaflugzeugen von Beamten des BGS zu Tode gebracht wurden.

Seit mit Einführung der Schengenregelung ein Ring sogenannter sicherer Drittstaaten um Deutschlands Außengrenzen gezogen wurde, stellt der Luftweg die einzig verbleibende Variante dar, nach Deutschland einzureisen und hier Asyl zu beantragen. Diesem Weg soll das sogenannte Flughafenverfahren einen Riegel vorschieben: In dem als exterritorial definierten Transitgebäude C 182 ist seit 1993 ein Internierungslager eingerichtet, in dem neuankommende Flüchtlinge festgehalten und von der Inanspruchnahme rechtlicher Unterstützung ferngehalten werden. Nach einer Schnellprüfung wird ein Teil der Asylsuchenden sofort wieder vom Flughafen abgeschoben, ohne jemals „eingereist“ zu sein. (Selbst Asylsuchende, die unter BGS-Bewachung in 50 km entfernten Psychatrien oder Krankenhäusern gebracht werden, gelten juristisch nicht als in Deutschland angekommen)

Die katastrophalen Bedingungen in dem „Grenzgefängnis“ am Flughafen, in dem seit Oktober 1999 auch unbegleitete Kinder arrestiert sind, sind von der Willkür und Gewalt seitens BGS-Beamter, wenig Aussicht auf Unterstützung und juristische Beratung und nicht zuletzt unerträglich langen Aufenthaltszeiten geprägt, die die Betroffenen durch eine „Freiwilligkeitserklärung“ absegnen müssen. Im Mai letzten Jahres nahm sich Naimah Hadjar im Internierungslager das Leben, nachdem sie 234 Tage in Haft und Psychiatrie verbracht hatte. Mit Protestbriefen, Hungerstreiks und Ausbruchversuchen wehren sich die Betroffenen immer wieder gegen diese Zustände. Dem Widerstand und der Kritik an den (Langzeit-)Inhaftierungen begegnet das Bundesinnenministerium mit Plänen für eine weiteren Knast: das Internierungslager im Transitbereich soll durch eine



neue „Rückschiebungshaftanstalt“ auf dem Flughafengelände ergänzt werden. Hierher sollen diejenigen verlegt werden und auf ihre Abschiebung warten, deren Asylantrag im Schnellverfahren als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt worden ist.

### Es gibt kein ruhiges Hinterland

Der Flughafen ist somit ein zentraler Bestandteil der Infrastruktur des tief gestaffelten nationalen Grenzregimes. Diejenigen, die – auf welchem Weg auch immer – durch die Maschen deutscher „Außengrenzen“ geschlüpft sind, sind mit einem ganzen Arsenal weiterer Grenzen konfrontiert: Unterbringung in Lagern und Residenzpflicht, Arbeitsverbot und Asylbewerberleistungsgesetz, befristete Duldung, Meldepflicht oder Illegalität sind nur einige Eckpunkte des diskriminierenden Status, der die Bewegungsfreiheit von MigrantInnen rechtlich wie materiell beschränkt und sie als Nicht-Deutsche markiert. Auf diese Weise werden Menschen, selbst wenn die über Jahre inmitten des Landes leben, „draußen“ gehalten und einem Grenzregime unterworfen, zu dem das Aufnahmelager Schwalbach, Ausländerbehörden und Arbeitsämter ebenso gehören wie Personenkontrollen, Razzien, BGS und der Abschiebeknast Offenbach. Das gilt in besonderer Weise für Illegalisierte, die nicht nur in vom BGS durchkämmten Landstrichen hinter den Grenzen zu Polen und Tschechien, sondern auch in städtischen Räumen jederzeit in Gefahr schweben aufgegriffen zu werden. Ständig werden auf Frankfurter Plätzen Personenkontrollen durchgeführt, finden auf den Straßen Schleierfahndungen statt und werden Arbeitsorte von Razzien heimgesucht.

### Illegalität, Rassismus und Stadt

Andererseits bietet die Unübersichtlichkeit der Stadt auch in ganz anderem Maß als etwa in Forst oder Zittau – den beiden letzten Campstädten – MigrantInnen Möglichkeiten, sich diesen Kontrollmechanismen zu entziehen. Illegalisierte können zwischen den vielen legal in Frankfurt lebenden MigrantInnen „untertauchen“, finden soziale und ökonomische Netzwerke, die ein dauerhaftes, wenn auch prekäres Leben in Deutschland ermöglichen. Die „Weltstadt“ Frankfurt ist auf Dienstleistungen aller Art angewiesen. In Hotels oder der Gastronomie, in der Prostitution oder als Dienstmädchen, im Baugewerbe oder als Ladearbeiter im und rund um den Flughafen – vor allem die Fülle schlecht bezahlter Jobs wird mit den MigrantInnen „rentabel“ bewältigt.

Ermöglicht diese Situation Illegalisierten das öko-

nomische Überleben, so sind sie durch die Rechtlosigkeit und die ständige Bedrohung durch Polizei- und Ordnungskontrollen unternehmerischer Ausbeutung besonders ausgeliefert.

Debatten der letzten Jahre haben aufgezeigt, dass der Innere-Sicherheits-Diskurs durchzogen ist von rassistischen Bildern und Stereotypen, die allesamt dem Metaphernkatalog des „Städtischen“ entstammen. Stadt = Kriminalität = Ausländer lautet das etablierte Einmaleins. So fällt dem deutschen Bürger beim Thema Drogen der nordafrikanische Dealer ein und man sorgt sich vor den osteuropäischen Mafias, die die deutschen Bordellbetreiber im Bahnhofsviertel verdrängen; wer von Jugendgewalt schwadroniert, hat sofort den migrantischen Jung- halunken vor Augen, und ein Graffiti-sprayer oder Hütchenspieler mit Namen Müller liegt jenseits des Vorstellungsbereichs.

An die bundesweiten Innenstadtaktionen von ‚97 und ‚98 anknüpfend wird das diesjährige Camp seinen Aktionsradius auf rassistische Ausgrenzungen in und aus städtischen Räumen erweitern. Razzien im Bahnhofsviertel, bei denen in den letzten Monaten mehrere hundert Prostituierte abgeschoben wurden, die Videoüberwachung der Konstablerwache, die die sich dort aufhaltenden Jugendlichen vertreiben soll, oder der „sicherheitstechnisch“ aufgerüstete und BGS-bewachte Hauptbahnhof sind mögliche Aktionsfelder.

### Grenzregime, Globalisierung und Einwanderungsdebatte

Das Camp in der Wirtschaftsmetropole Frankfurt bietet zudem die Möglichkeit, das Grenz- und Migrationsregime im Kontext globaler ökonomischer Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse zu thematisieren.

Sie versinnbildlichen sich am Rhein-Main-Flughafen in ausgeflogenen Computern und eingeflogenen Wintererdbeeren. Regional ansässige Konzerne und Banken finanzieren und planen Großprojekte im Trikont, die dort einschneidende Veränderungen der Lebensverhältnisse bewirken und so direkt und indirekt Fluchtgründe für die Menschen sind, deren Zurückweisung oder Kontrolle das Grenzregime übernimmt. Gleichzeitig bringt die Wirtschaftskonzentration in Rhein-Main eine Arbeitskräftebedarf hervor, der ohne Zuwanderung nicht mehr gedeckt werden kann und deshalb das bisherige, allein auf Abschottung ausgerichtete Migrationsregime in Frage stellt. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der im letzten Jahr aufgebrochenen Einwanderungsdebatte, angesichts derer antirassistische Erklärungsmodelle mitunter schwer

ins Schlingern kommen:

- Die Industrie kritisiert die von der Politik zögerlich und hinhaltend vorgebrachten Green- und Bluecard-Regelungen als unzureichend, weil sie für die benötigten Arbeitskräfte zu unattraktiv sind, und fordert statt dessen eine Ausweitung der Regelungen von IT-SpezialistInnen auch auf niedrig bezahlte Dienstleistungsberufe sowie die „Entbürokratisierung“ der Einreise und die Abschaffung der Beschränkungen des Aufenthalts und des Familiennachzuges. Unversehens könnten sich die Interessen der Industrie mit denen einiger MigrantInnen decken und beide finden sich vielleicht in einer unerwarteten Koalition gegen die noch immer weitgehend an rassistischen Ressentiments in der Bevölkerung orientierten Politik.

- Unter dem Motto „Aufstand der Anständigen“ wurde dem Rassismus der Straße im vergangenen Jahr von weiten Teilen der offiziellen Politik der Konsens entzogen; dies nicht zuletzt mit dem Hinweis auf den „Standortnachteil Rassismus“. Im Zuge dessen gingen auch Polizei und Justiz schärfer gegen Neonazis vor. In dem arbeitsteiligen Bündnis, das für die rassistische Offensive der 90er Jahre charakteristisch war und vom prügeln den Mob über die wahlweise offen applaudierende oder schweigende Mehrheit bis zur untätigen Polizei und der Politik reichte, der der Rassismus der Bevölkerung wiederum als Grund für die weitere Entrechtung und Stigmatisierung von Flüchtlingen und MigrantInnen diente, zeigen sich damit zumindest Risse.

Das diesjährige Grenzcamp wird Gelegenheit sein, die aufbrechenden Widersprüche der gegenwärtigen Konstellation – zwischen Abschottung, institutionellem Rassismus und regulierter Zuwanderung, zwischen „Aufstand der Anständigen“ und dem Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft, zwischen Leitkultur und Multi-Kulti, zwischen ethnisierten Ausbeutungsstrukturen und migrantischer Selbstermächtigung – zu diskutieren und Ansatzpunkte für radikale Kritik und praktische Gegenwehr auszuloten. „Freies Fluten“, volle Freizügigkeit und ein subjektives recht auf Einwanderung bleiben gegen jede Regulierung unsere zentralen Forderungen.

**Camp heißt Zelten –  
Strukturen und Organisation**

Wie die Jahre zuvor wird auch das Camp 2001 dezentral und bundesweit organisiert. In vielen Städten und Regionen gibt es Zusammenhänge, die für das Camp mobilisieren, sich die Köpfe heiß reden, Diskussionen vorbereiten und Aktionen planen. Die lokalen Diskussionen und Vorbereitungen werden auf regelmäßig stattfindenden bunde-

weiten Plena zusammengetragen. Auch in der Rhein-Main-Region, dem diesjährigen Ort des Geschehens, trifft sich regelmäßig ein Camp-Vorbereitungszusammenhang, an dem diverse lokale Gruppen und Initiativen beteiligt sind.

**Vorläufiges Programm**

**Samstag, 28.7.01:**

Auftakt und Begrüßung – Infostände und Verteilung der Campzeitung, Sternfahrt (Autokorsi, Fahrraddemos) mit Kundgebungen und mobilen Musikanlagen über mehrere Routen in Frankfurt City

**Sonntag, 29.7.01:**

Tagsüber am Flughafen: „Musik gegen grenzen“, klassisches Konzert sowie weitere Aktivitäten am Terminal: Präsentation der Plakatausstellung gegen die Deportation-Class der Lufthansa, Theater, Transparentwettbewerb  
Abends im Camp: Informations- und Diskussionsveranstaltung „zum neuen Grenzregime“, zu den Veränderungen in der Asyl- und Migrationspolitik

**Mittwoch, 1.8.01:**

Frankfurter City: Tagsüber dezentrale Aktionen gegen rassistische Kontrollen, gegen Razzien, gegen Überwachungskameras, Infostände, Widerstandsrallye und „Spiele ohne Grenzen“ in verschiedenen Stadtteilen.  
Abends am Frankfurter Hauptbahnhof ein „Attack-Kontrollraum“ – Happening, Musik und Rave bis in die Nacht

**Donnerstag, 2.8.01:**

Aktion gegen Residenzpflicht

**Freitag, 3.8.01:**

Vormittags: „Tod im Transit“ – Internationales Hearing gegen Internierung und Abschiebung am Flughafen  
Abends: (Gast)Veranstaltung vom Bündnis gegen Rechts/Leipzig zu Antifaschismus und Antirassismus

**Samstag, 4.8.01:**

Überregionale Demonstration gegen Internierung und Abschiebung, Kundgebung im Flughafenterminal, „Belagerung mit Knastbeben“ am Tor in der Nähe des Internierungslagers

**Kontakt und weitere Informationen:**

3. Welthaus Frankfurt,  
Falkstr. 74, 60487 Frankfurt/M.  
Tel.: 069 – 79 20 17 72 (mittw. 18-22 h)

## KEIN KURZER PROZESS FÜR GENERAL RADISLAV KRSTIC DER FALL SREBRENICA VOR DEM INTERNATIONALEN STRAFGERICHTSHOF

**DIE** Weltöffentlichkeit blickt auf Slobodan Milosevic, während gleichzeitig in Den Haag der Prozess über die Ermordung von mehreren tausend muslimischen Bosniern zu Ende geht. Das geschehen in Srebrenica im Juli 1995 stellt zweifellos das größte „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ dar, das seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf europäischem Boden verübt wurde. Doch obwohl bis heute neue Massengräber entdeckt werden, blieben die Beweisaufnahme wie die Plädoyers der Anklage und der Verteidigung in der internationalen Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet.

Von CAROLINE FETSCHER\*

Jeder Mensch hat ein Recht auf Verteidigung, auch ein angeklagter Massenmörder und Kriegsverbrecher. Auch Radislav Krstic, der am 2. Dezember 1998 von Soldaten der SFOR-Truppen festgenommen worden war. Tags darauf saß er im Flugzeug nach Den Haag. Dort findet er sich als Untersuchungshäftling des 1993 gegründeten International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (ICTY) (1), zusammen mit 38 anderen Angeklagten. Das Sondergefängnis nahe dem Badeort Scheveningen wurde erst am 29. Juni 2001, als im Schutz der Nacht der Angeklagte Slobodan Milosevic mit dem Hubschrauber abgesetzt wurde, in aller Welt zu einem politischen Topos. Doch während es um Milosevic laut wurde, blieb es still um den „Srebrenica“-Prozess gegen General Krstic, den bisher gravierendsten Fall, der vor dem ICTY verhandelt wurde. Vom 26. bis 29. Juni hielten Anklage und Verteidigung ihre Schlussplädoyers.

Auf dem Deckblatt der Anklageschrift IT-98-332 (2) gegen Krstic steht ein lakonischer Untertitel: „Srebrenica“. Das Wort bedeutet „Silberstadt“. Vor dem Bosnienkrieg lebten hier etwa 9000 Menschen, zu 70 Prozent Muslime. Im Zentrum der Altstadt stand eine Moschee. Als im April 1992 die jugoslawische Armee und paramilitärische serbische Kämpfer angriffen, konnten sich die Muslime zunächst erfolgreich behaupten. Es fanden auch viele Menschen aus der Umgebung

Zuflucht, die Enklave wuchs auf 60 000 Bewohner. Als bosnische Serben mit Panzern und Artillerie vorrückten, erklärte ein französischer UN-General die Enklave Mitte März zum Schutzgebiet unter UNO-Flagge. Eine UN-Resolution erklärte Srebrenica, Zepa und Gorazde zu „safe areas“. 1995 war ein niederländisches Bataillon in Srebrenica stationiert. Doch der Schutz der UN versagte. Seitdem steht der Name des Ortes auch für eines der dunkelsten Kapitel der UNO-Geschichte.

Am 6. Juli 1995 begann die bosnisch-serbische Armee ihre „Operation Krivaja“. 15 000 Muslime versuchten zu fliehen. Tausende von ihnen ergaben sich am 11. Juli. Weitere 25 000 bis 35 000 Muslime blieben in Potocari und in den Wäldern der Umgebung, meist Frauen, Kinder und ältere Männer. Am 12. Juli 1995 begann die serbische Armee, unterstützt von paramilitärischen Einheiten, die Muslime der gesamten Region in Bussen und Lastwagen zu deportieren. Das serbische Militär lockte die umherirrenden Flüchtlinge aus den Wäldern, indem sie gestohlene UN-Fahrzeuge, UN-Uniformen und Blauhelme einsetzten oder Gefangene zwangen, den anderen zuzurufen, sie sollten herauskommen, es drohe keine Gefahr.

Der logistische Aufwand muss enorm gewesen sein: Tausende versprengter, verängstigter Menschen mussten in Fahrzeuge gezwungen und dann in große Räume einges-

perrt werden, um sie schließlich – in Gruppen von fünf oder zehn aufgeteilt – zu erschließen oder sogar zu enthaupten. Alle Orte, an denen die Verbrechen geschahen, liegen in der Region Srebrenica: der UN-Stützpunkt Potocari, das Warenlager in Kravica, Schulhäuser in Bratunac, eine Wiese bei Tisca, der Grbavci-Schulkomplex bei Orahovac/Lazete, der so genannte Damm in der Nähe von Petkovi, das Cerska-Tal, Schule und Kulturzentrum von Pilica, das Militärgelände von Branjevo, ein abgelegenes Feld bei Kozluk. Die Anklage konnte nachweisen, dass die Exekutionen von Einheiten des Drina-Corps durchgeführt wurden. Am Abend des 13. Juli, so die Anklage, ging das Kommando des Drina-Corps von Milenko Zivanovic auf General Radislav Krstic über. Die Übergabe fand im Hauptquartier der Einheit in Vlasenica statt. Offiziell bestätigt wird der Wechsel durch eine dem Gericht vorliegende Order von Präsident Karadzic vom 14. Juli 1995. Krstic' Rolle in dem Mordplan wurde laut Anklage auf einer Nachtsitzung im Hotel Fontana in Bratunac beschlossen, wo Krstic mit Mladic gesehen wurde. Das Treffen wird durch Videos, Zeugen und Rechnungen belegt. Krstic selbst sagte unter Eid aus, er sei erst am 20 oder 21. in seiner Position bestätigt worden. Er konnte dafür jedoch keinen Zeugen präsentieren.

Am 12. Juli begannen Soldaten, Paramilitärs und Polizisten, die Flüchtenden in der Region Srebrenica zusammenzutreiben und die Männer von den Frauen zu trennen. Frauen und kleinere Kinder karrten sie an die Grenze des Niemandlandes, wo das von Muslimen gehaltene Gebiet begann, und ließen sie laufen. Einzelne Mädchen und Frauen wurden vergewaltigt und getötet. Die Männer und männlichen Jugendlichen wurden an Sammelplätzen abgeliefert, in Sporthallen, Hangars oder Stadien.

Zwischen dem 12. und dem 20. Juli 1995 wurden 7 500 Menschen systematisch ermordet. Diese Zahl ist eine konservative Schätzung des Ermittlers, meint Ankläger Mark Harmon: „Es könnten auch bis zu 2 500 Tote mehr sein.“ An den Sammelplätzen

häuften sich Berge von Bündeln, Kleidern, Pässen, Ferienfotos und Reisetaschen, wie Müll. „Das werden die nicht mehr brauchen“, meinte ein bosnischer Serbe vor Ort nach Aussage eines niederländischen UN-Soldaten.

Die „Operation Krivaja 95“ nahm um den 12. Juli herum die Form eines Mordplanes an. Und dieser verlangt eine ausgeklügelte Logistik. Bei der Durchführung des Mordplans habe General Radislav Krstic, als Kommandeur des Drina-Corps, eine zentrale Rolle gespielt. Weder er noch General Mladic oder Kardzic haben damit gerechnet, dass ihre Unterschriften Jahre später vergrößert auf den Bildschirmen eines Gerichtssaales im friedlichen Den Haag erscheinen würden.

Laut Anklageschrift soll Krstic vom 11. Juli 1995 bis zum 1. November 1995 in Srebrenica und Umgebung schwerste Kriegsverbrechen begangen haben. Elf Monate nach seinem Haftantritt, am 25. November 1999, plädierte der Angeklagte in allen Anklagepunkten „not guilty“. Nicht schuldig des Genozids und der Mittäterschaft am Genozid, des Massenmordes, der Verfolgung und Deportation, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Krstic sagte aus, er sei nicht für Srebrenica zuständig gewesen, habe erst Monate später von den Morden erfahren und auch von den Deportationen keine Kenntnis gehabt.

Der Angeklagte ist heute 53 Jahre alt. Vor Gericht wirkt er mit seinem angegrauten Haar und der stets gedrückten Körperhaltung deutlich älter. Achtmal lebenslänglich fordert Ankläger Mark Harmon. Die Verteidigung plädiert auf Freispruch. Der Prozess gegen Krstic begann am 13. April 2000, knapp fünf Jahre nach den Ereignissen von Srebrenica. Fünfzehn Monate lang war „General Krstic“, wie ihn alle vor Gericht ansprechen, mit den Aussagen Überlebender, mit schriftlichen Dokumenten, mit Fotos und Filmen konfrontiert.

Von den Überlebenden ist bis heute keine einzige Person nach Srebrenica zurückgekehrt. Wie die bosnische Sozialarbeiterin Teufika Ibrahimovic als Zeugin der Ank-

lage schildert, leben sie als Flüchtlinge meist in elenden Verhältnissen und sind ungewöhnlich stark traumatisiert. Eine der Frauen hat durch das Massaker 56 männliche Angehörige verloren. Teufika Ibrahamefendic hat an der Columbia University eine Ausbildung zur Spezialistin für Kriegstraumata absolviert. Vor dem Tribunal schilderte sie ein „Srebrenica-Syndrom“, das sie bei den Überlebenden ausgemacht hat und das sich erheblich von anderen Kriegstraumata unterscheidet. Es mache die Menschen unfähig, sich aus der Vergangenheit zu lösen, solange die Jungen und Männer verschwunden bleiben. Das Tribunal sei für viele die eine große Hoffnung auf Anerkennung ihrer Leiden und auf eine gerechte Strafe für die Täter. Das Urteil des Tribunals unter Vorsitz des portugiesischen Richters Almiro Rodrigues soll bis Anfang August ergehen.

Als „aberwitzig“ empfindet Julia Bogoeva von der Belgrader Nachrichtenagentur Beta die Diskrepanz zwischen dem Medieninteresse an der Auslieferung von Milosevic und der geringen Aufmerksamkeit für den Prozess gegen Krstic. „Gerade ihr in Deutschland müsstet euch doch für ein Tribunal interessieren, das seit Nürnberg das erste in Europa ist.“ Bogoeva berichtet seit drei Jahren aus Den Haag. Sie gehört zu den wenigen beim ICTY akkreditierten Journalisten, die in den Presserräumen des Gebäudes am Churchillplein einen Schreibtisch haben.

Unbehelligt vom Medienwahn um Milosevic ging der letzte Prozesstag im Fall Krstic seinen ruhigen, fast rituellen Gang. Auch jetzt waren im hochgesicherten Verhandlungssaal des ICTY nur die wenigen vertrauten Pressevertreter anwesend. Verbrecher wie Krstic verdienen keine Verteidigung, bekommen die Anwälte des Angeklagten oft zu hören, sondern „kurzen Prozess“. Doch das ICTY sorgt für lange Prozesse, und es verkündet lange Haftstrafen (sieht man von den bisherigen beiden Freisprüchen ab). Verbüßt werden diese Strafen nicht in Den Haag, sondern in anderen UN-Mitgliedsländern, derzeit in Finnland, Norwegen, Spanien und Deutschland. Vier Angeklagte wurden bereits

rechtskräftig verurteilt, fünfzehn befinden sich noch auf freiem Fuß – darunter Ratko Mladic und Radovan Karadzic, in deren Anklageschriften (3) ebenfalls der Name Srebrenica auftaucht.

Lang sind die Prozesse, weil die Beweiswege verschlungen sind. „Kriminelle führen im Allgemeinen kein Tagebuch“, bemerkt Ankläger Mark Harmon. Die Beweisführung ist das Zusammenfügen eines großen Mosaiks aus sehr kleinen Steinchen. Dennoch gibt es Worte, Texte, die leitmotivisch auf die Taten verweisen. Im März 1995 hatte Radovan Karadzic, Oberbefehlshaber der Armee der Republika Srpska (VRA) die „Direktive 7“ erteilt. Darin wies er insbesondere das Drina-Corps an, „mittels geplanter und durchdachter Kampfhandlungen eine unerträgliche Lage völliger Unsicherheit und ohne Hoffnung auf Überleben oder Leben bei den Bewohnern von Srebrenica und Zepa herbeizuführen“. Als „Exhibit 425“ liegt die Direktive den Richtern vor. Karadzic befiehlt darin außerdem, die Eingeschlossenen von der Hilfe der Unprofor-Einheiten abzuschneiden.

„Operation Krivaja 95“ war die unmittelbare Umsetzung dieser Direktive, und Srebrenica lag in der Zuständigkeitszone des Drina-Corps, abgekürzt DCAOR (Drina Corps Area of Responsibility). Aber Mark Harmon muss für die Anklage, für das Office of the Prosecutor (OTP) nachweisen, dass Krstic die Vorgänge persönlich gekannt, gebilligt, unterstützt und sich aktiv an ihnen beteiligt hat. Das fehlende Tagebuch bleibt eine Leerstelle in der Mitte des Mosaiks – doch das Bild drum herum wird immer schärfer. Es zeigt, neben Mladic, den Angeklagten. Die Anklage musste das ganze komplexe Material ermitteln und analysieren: die Kommandostruktur der serbischen Armee-Einheiten, die Befehle selbst, und zumal den in verschlüsselten Botschaften dokumentierten Plan, die männlichen Muslime durch eine Serie von Massenexekutionen auszulöschen. Sie muss Krstic „individuelle, strafrechtlich relevante Verantwortung“ (4) für sein Handeln und die Taten seiner Untergebenen

nachweisen. Was sie zutage gefördert hat, ist für General Krstic ziemlich niederschmetternd. „Ich weiß nichts von der Ankunft von Bussen“, hatte Krstic dem Anklagevertreter McCloskey geantwortet, „in keiner Weise hatte ich damit zu tun, Busse zu besorgen.“ Mark Harmon hält ihm ein abgehörtes Telefongespräch mit dem für Transportmittel zuständigen Soldaten Krsmanovic vor, dem Krstic aufträgt, fünfzig Busse in den Ort Bratunac zu schicken: „Stellen Sie sicher, dass das passiert. Das ist ein Befehl!“

Mit trockenem Nachdruck weist Harmon die Richter immer wieder darauf hin: „Er hat Sie unter Eid belogen.“ Auch die Behauptung des Angeklagten, er sei an den Tagen der Exekutionen nicht in Potocari gewesen, kann die Anklage widerlegen. Harmon führt ein gefilmtes Interview vor, in dem Krstic einem Journalisten in Potocari erklärt: „Wir garan-

Fotos dieser beweismittel wirken eher archäologisch als kriminologisch. Sie erscheinen auch auf dem Bildschirm vor Krstic, der es sich nicht leisten kann, davor die Augen zu verschließen.

Das Gesicht von Krstic zeigt während des Schlussplädoyers abwechselnd Apathie und Angst. Reue, sagt der Ankläger, habe Krstic in diesen Monaten nicht gezeigt. Aber einmal, als im Schlussplädoyer das Video die Zeugenaussagen einer Mutter zeigt, die nicht verstehen kann, dass ihr der Mann und beide Söhne entrissen wurden, wird Krstic nervös. Seine Lider zucken. Er scheint flüchten zu wollen.

„Ich kann nicht glauben, dass Menschen solche Dinge tun“, sagt die Frau. „Ich sehe die Hände meines kleinen Sohnes, wie er Erdbeeren pflückt. Und wie er Bücher liest. Am Morgen verdecke ich meine Augen, um nicht



Aus: Eric Stover, Gilles Peress, „Die Gräber.Srebrenica und Vukova“, SCALO 1998.

tieren für die Sicherheit der Flüchtlinge.“ Im Hintergrund sind die Busse und Lastwagen zu sehen. Zur selben Zeit lagen schon die Tausende von Augenbinden und Handfesseln bereit, die forensische Teams des ICTY später in den Gräbern gefunden haben. Die

die anderen Kinder zu sehen, wie sie zur Schule laufen, und die Ehemänner, wie sie zur Arbeit gehen.“ Sie weint. Der Richter unterbricht und sagt: „Nehmen Sie sich Zeit. Wir sind hier. Wir hören Ihnen zu.“ Sie fängt sich wieder. Und als gäbe es für sie immer

noch den Glauben an seine Autorität, fleht sie Krstic an: „Ich appelliere an Sie, Herr Krstic, sagen Sie mir, gibt es nicht wenigstens Hoffnung für meinen kleinen Jungen?! Das lässt niemanden im Saal unberührt, offenkundig auch Krstic nicht.

Viele der Männer und Jungen von Srebrenica werden verschollen bleiben. Vor wenigen Tagen wurde bekannt, dass in der Nähe von Zvornik ein weiteres Massengrab mit 250 Toten gefunden wurde. Nie wird das Office of the Prosecutor alle Morde aufdecken und alle Toten identifizieren können. Es wäre in Jahrzehnten nicht zu leisten.

Umso wichtiger sind einzelne Zeugen wie Drazen Erdemovic. Das Drina-Corps bestand aus etwa 15 000 Soldaten der Infanteriebrigaden Zvornik, Milici und Bratunac, die von zahlreichen Zeugen an den Tatorten gesehen wurden. Beteiligt waren auch örtliche Polizeiformationen und die 10. Sabotage-Einheit. Der bosnische Kroat Drazen Erdemovic von dieser Einheit, im Zivilberuf Schlosser, bekannt sich am 14. Januar 1998 schuldig. Am 22. Mai 2000 sagte er aus, in Branjewe an den Erschießungen von mindestens 1000 Männern teilgenommen zu haben. Es würden Busse mit Zivilisten aus Srebrenica kommen, hatte ihm ein Kamerad gesagt, die sollten sie erschießen. Als er vor den Männern stand, die ihm den Rücken zukehrten, habe er sich weigern wollen: Er sei „keine Killer-Maschine“. Man habe ihm geantwortet: „Wenn du es nicht tun willst, stell dich zu denen.“ Die Soldaten zwangen sogar alle Busfahrer, wenigstens einmal zu schießen. Alle sollten Mittäter sein.

Der Kronzeuge Erdemovic ist heute wieder frei. „Am bewegendsten ist es, wenn sich Angeklagte schuldig bekennen“, sagt der Journalist Mirko Klarin. Der Chefredakteur der jugoslawischen Nachrichtenagentur Sense und Mitarbeiter des Institute for War and Peace Reporting (IWPR) gilt als einer der Initiatoren des ICTY. Klarin hat den Prozess permanent verfolgt: „Fünfmal hintereinander sagte Erdemovic, unter Tränen:

„Ich bin schuldig, schuldig ...“ Solche Momente sind nicht nur emotional bedeutsam.

Sie sind entscheidend. Niemand kann mehr leugnen, was geschehen ist.“ (5)

### VON PAKETEN, DIE ES ZU VERSCHICKEN GILT

DRAZEN ERDEMOVIC' Aussage war kostbar, weil uncodiert. Vieles hingegen, was die Ankläger vorfanden, mussten sie entschlüsseln. Von „parcels“, Paketen, ist in den abgehörten Telefongesprächen und Funkmeldungen die Rede. „Parcels“, die es zu verschicken gilt. Harmon schließt aus einem Versprecher – „the people, I mean, the parcels...“ – dass damit Menschen, Muslime, gemeint waren. Und wenn in Zeiten der Benzin-Knappheit ein Untergebener ohne Angabe von Gründen 500 Liter Treibstoff bewilligt bekommt, zieht Harmon den Schluss, dass das Benzin für die Busse verwendet wurde, die Verschleppte an die Stätten ihrer Exekution brachten.

Der „Konvoi-Terror“, wie ein holländischer Dutchbat-Zeuge (6) es nannte, herrschte in diesem Juli 1995 in der ganzen Region. Über das ungeheuerliche Geschehen konnten bis heute – außer den Planern und Tätern selbst – nur die Anklagevertreter und die Zuhörer des Haager Prozesses einen genauen Überblick gewinnen, jedenfalls einen genaueren als die holländischen Blauhelme, die in Srebrenica dabei waren: „Es gelang der bosnisch-serbischen Armee, den Holländern Augen und Ohren zu stehlen“, erklärt Ankläger Harmon, dem zuweilen die persönliche Abscheu über die Taten anzumerken ist. Bis ins kleinste Glied der Befehlskette hat die Anklage die Mosaiksteinchen auf die Landkarte der Region platziert. Krstic' Anwälte versuchen, einzelne Steinchen aus dem Mosaik zu entfernen. Krstic sei nicht an den Tatorten gewesen, als die Morde geschahen, behaupten sie, sondern in seinem Hauptquartier in Zepa. Er habe nichts gesehen, gewusst, getan. Doch gegen Harmons Beweise haben sie es schwer.

Am Ende unternehmen die Verteidiger den verzweifelten Versuch, zumindest die schwerste Anklage zu entkräften: Genozid. Wenn das Gericht schon nicht glaube, dass

Krstic ein Unbeteiligter war, dann könne man die Sache doch so sehen: Gewiss seien hier schreckliche Morde im Rahmen eines Kriegsgeschehens geschehen. Aber das Töten waffenfähiger Männer sei nicht Völkermord, also Genozid. Verteidiger Tomislav Visnjic argumentiert, „Genozid“ sei das Vorhaben, die „gesamte Bevölkerung“ einer ethnisch oder religiös definierten Gruppe auszulöschen, „wie in Auschwitz oder Ruanda“. Hier, in Srebrenica, seien die Kinder und Frauen in der Mehrheit entkommen. Mark Harmon hält dagegen, dass es um die Zerstörung des „sozialen Gewebes“ der Gruppe ginge, die patriarchalisch strukturiert ist. Nimmt man einer solchen Gesellschaft die Männer, hat man ihr Rückgrat gebrochen. Gerade Krstic, der in einer muslimischen Nachbarschaft groß wurde, sei das vollkommen bewusst. Harmon verweist auch auf die rassistische Sprache vieler Dokumente, in denen etwa von „Türken“ statt von muslimischen Bosniern die Rede sei.

Harte, polemische Wort seien im Krieg nichts Neues, kontert die Verteidigung. Zum Beweis führen die Anwälte dem Gericht zwei historische Filmausschnitte vor: Eine Rede Churchills gegen Hitler, und eine Äußerung des Nato-Oberbefehlshabers im Kosovokrieg, Wesley Clark, über Milosevic. Beide sprachen vom „Eliminieren“ der Gegner. Die Analogie bleibt wenig überzeugend – beide Feldherren erwähnen einen klar benannten, individuellen Feind, nicht eine rassistisch definierte Gruppe.

„Die Anklage und wir kämpfen mit ungleichen Waffen“, klagt Verteidiger Visnjic im Gespräch. Zwar seien die prozeduralen Abläufe seit etwa einem Jahr besser geworden. Aber „davor bekamen wir Beweismaterial vom OTP oft nicht rechtzeitig vorgelegt, um uns vorbereiten zu können. Zudem sind wir nur zwei Verteidiger, die Teams der Anklage bestehen aus drei Juristen und zwei Case-Managern.“

Visnjic, ein Mann um die vierzig, arbeitet in einer Belgrader Kanzlei. „Wie kann einer das tun?“, hört man oft. „Wie kann er diesen Massenmörder verteidigen?“. Am ICTY

aber werden gute Verteidiger von Richtern wie Anklägern durchaus respektiert und geschätzt. „Es belastet mich nicht, Verteidiger von Krstic zu sein“, erklärt Tomislav Visnjic. Er versuche ja nur, seine Arbeit im Sinne des Mandanten zu leisten, so gut er kann. Von Srebrenica wusste Visnjic „kaum die Hälfte“. Jetzt, fügt er mit leiser Trauer hinzu, „weiß ich mehr, als ich je wissen wollte.“

Aber was aus Menschen Mörder macht, warum und wie das geschieht, darauf habe er keine Antwort gefunden: „Ich weiß nicht, wo der entscheidende Hebel ist, warum manche sagen: Halt, da mache ich nicht mit. Und andere sagen das nicht.“

Aber emotional abgehärteter sei er geworden, mit der Zeit. Wahrscheinlich geht es ihm in dieser Hinsicht wie vielen am ICTY. Und doch gab es einen Zeugen, dessen Bericht er sich nicht entziehen konnte: „Zeuge O. Er war jung. Ein Überlebender des Massakers am Damm.“

Zeuge O gab Auskunft von etwas, das die Täter für immer zu verbergen hofften. Den Gerichtssaal betrat er anonym. Zu Beginn seiner Vernehmung musste er seinen Namen auf einem Blatt Papier identifizieren. „Das ist mein Name“, sagte er. Der Angeklagte und seine Anwälte konnten ihn sehen, aber sie werden dem Mann kaum jemals wieder begegnen. Der Zeuge O, Jahrgang 1978, ging in Srebrenica zur Schule, ehe der Terror einsetzte. Die Fernsehmonitore, die an jedem Platz im Saal installiert sind, zeigten sein Gesicht wie hinter einem Schleier. Vor der Glaswand, die den Zuschauerraum abtrennt, gingen die beigen Sichtblenden nieder.

Gäbe es niemanden wie den Zeugen O, wüsste kein anderer, was an den Tagen am „Damm“ bei Petkovi passierte. Über tausend Männer und Jungen wurden dorthin gekarrt und erschossen. Die Aussage des Zeugen vom 13. April 2000 klingt wie ein Protokoll aus der Hölle. Er berichtet zuerst von der Deportation in einem Lastwagen.

„Wir fielen übereinander. Es herrschte Chaos. (...) Als wir nach Bratunac kamen, jedenfalls denke ich, dass es Bratunac ar,

weil ich Lichter in Wohnungen sah, hielt der Lastwagen irgendwo im Ort. Die Leute riefen nach Wasser, sie schrien: Gebt uns etwas Wasser! Wir lagen, lehnten dicht aneinander. Mein Körper war taub. Ich fühlte nichts mehr. Als die Leute nach Wasser schrien, schlug jemand, wahrscheinlich einer der Soldaten, aber es war dunkel und ich konnte ihn nicht sehen, von außen an den Lastwagen, wahrscheinlich mit einem Gewehrkolben, und sagte: „Was wollt ihr, ihr Balijas? (8) Dann verfluchten sie unsere Balija-Mütter und sagten noch andere Sachen. Ich habe nicht auf alles achten können. Wir verbrachten die ganze Nacht im Lastwagen. Ich glaube, ich bin irgendwann eingeschlafen.“

Anderntags wurden die Männer in dem Lastwagen weitergefahren, durch ein Loch in der Stoffplane des Wagens sah Zeuge O nach draußen: „Ich sah (...), dass da Leute waren, Kinder auf Fahrrädern und Frauen. (...) Ich sah einige Leute in der Drina baden, unter der Brücke. Leute liefen an dem Lastwagen vorbei, und von Zeit zu Zeit verfluchten manche unsere Balija-Mütter. (...) Wir fuhren durch Zvornik und gelangten nach Karakaj. Ich wusste, dass es eine Straße nach Bijeljina und Tuzla gab, und ich nahm an, (...) dass man uns in ein Lager in Bijeljina oder Batkovic brachte. Denn wenn sie die Leute töten wollten, hätten sie sie nicht transportiert.“

Bald wurde ihnen klar, dass das nicht stimmte. Sie wurden in ein Sammellager in Petkovici gebracht, dort waren sie so durstig, dass sie den eigenen Urin tranken. Das Sammellager war eine Schule. Jeder, der den Bus verließ, wurde mit einem Gewehrkolben geschlagen: „Als wir das Schulgebäude betraten, ging das Schlagen weiter. Wer geschlagen wurde, ging hinein. (...) es waren ein paar Soldaten dort, aber ich weiß nicht wie viele. Einer von ihnen fragte: Wessen Land ist das hier? Und er antwortete selbst: Das ist serbisches Land. Das war es immer und wird es immer sein. Und er sagte: „Sprecht mir nach, Balija“, und wir mussten wiederholen: „Das ist serbisches Land. Das war es immer und wird es immer sein.“

An dieser Stelle unterbricht die Anklage die Befragung des erschöpften Zeugen. Der berichtet später weiter, in der Schule habe es weder Essen noch Wasser, noch Toiletten gegeben, noch genug Luft zum Atmen, und wenn jemand versuchte, ein Fenster zu öffnen, sei er von außen beschossen worden. Der Raum war voller Exkreme. Den Männern und Jungen wurden die Hände auf den Rücken gebunden. Bei Dunkelheit wurden sie abtransportiert, zum Exekutionsort, einem Feld bei Petkovici.

„Wir waren sehr durstig. (...) Einige Leute riefen: Gebt uns Wasser, bevor ihr uns erschießt. Es tat mir sehr leid, dass ich durstig sterben würde, und ich versuchte, mich zwischen den anderen zu verstecken, solange ich konnte, wie alle anderen es taten. Ich wollte einfach noch eine oder zwei Sekunden leben. Als ich drankam, sprang ich heraus (aus dem Lastwagen), ich glaube, mit vier anderen. Ich fühlte Steine unter meinen Füßen. Es tat weh. (...) Ich sah Reihen von ermordeten Menschen. Es sah aus, als ob sie reihe um Reihe hingelegt worden wären. (...) Jemand sagte: Legt euch hin. Und als die ersten hinfielen, begann das Schießen. Ich fiel und weiß nicht, was geschah. Ich dachte nichts. Ich hatte mir nicht vorgenommen, zuerst hinzufallen um zu überleben. Ich dachte nur, das ist das Ende.“

Zeuge O berichtet ruhig und gefasst. Er überlebte wie durch ein Wunder. Bis heute hat er Munitionssplitter im Körper. Einen anderen Überlebenden, der ihm zu entkommen half, will er nicht beim Namen nennen. Er berichtet: „Als sie aufgehört hatten, hörte ich jemanden sagen, alle Toten sollten inspiziert werden, ich glaube, der Name, der genannt wurde, war Jovo. Es wurde gesagt, dass alle Toten inspiziert werden sollten, und es wurde ihnen gesagt, wenn sie einen warmen Körper finden, sollten sie noch eine Kugel in den Kopf schießen. Und dieser Mann, ich weiß nicht, ob es Jovo war oder ein anderer, der sagte: „Ich glaube, all die Motherfuckers sind tot.“ (...) Ich weiß nicht, wohin die Soldaten gingen, aber sie lachten. Manchmal hörte man einen Schuss. Sie erschossen Menschen.“

(...) Vielleicht zehn Minuten später oder fünfzehn Minuten später, aber es kam mir eher lang vor, fing ich an, mich ein wenig umzudrehen. Das kann mir etwas Kraft gegeben haben (...) und ich begriff, dass ich vielleicht weggehen könnte. Dass ich vielleicht laufen könnte. Und ich rollte mich über die Toten. Ich tat das viele Male, bis ich einen Mann fand, der noch lebte.“ Mit ihren Zähnen lösten die beiden Überlebenden sich gegenseitig die Fesseln. Sie schleppten sich durch einen Wald, der andere trug den Zeugen O, fand Wasser für ihn. Ohne ihn hätte er nicht überlebt.

Das Transkript der Aussage des Zeugen O umfasst 80 Seiten. Auf alle Fragen antwortet er im gleichen Duktus. Er räumt stets ein, wo er etwas nicht genau gesehen hat oder sich nicht erinnert, etwa an die Uniformen und die Rangabzeichen der Soldaten. Das Zeugnis des Mannes weist weit über Srebrenica hinaus. Es löscht den Ruf nach Rache, indem es nur Entsetzen ohne Echo hervorruft.

Richter Rodrigues bedankt sich bei dem zeugen mit ungewöhnlichen Worten: „Danke, Zeuge. Sie haben Ihre Aussage beendet. Sie haben noch viele Jahre Leben vor sich...Es gibt starke, sehr starke Gründe für Sie, weiterzuleben und das Beste aus Ihrem

Leben zu machen, und der Welt, allen Menschen mitzuteilen, dass sich solche Ereignisse nie wiederholen dürfen.“

Das ICTY versteht sich auch als eine ethische Institution, die der Rache vorbeugt. (9) Allein schon, dass sie als Zeugen gebraucht werden, gibt den betroffenen eine reale Existenz und ist ein Schritt zur Versöhnung. Die Journalistin Julija Bogoeva war immer wieder beeindruckt von der Würde der zeugen. „selten sind sie bitter, und meistens sehr gefasst.“

Als „Zeuge O“ am Ende seiner Aussage von Richter Rodrigues gefragt wurde, ob er noch etwas hinzufügen möchte, sagte er: „Nach allem, was ich hier gesagt habe und was ich gesehen habe, konnte ich zu dem Schluss kommen, dass es extrem gut organisiert war. Es war systematisches Morden. Und die das organisiert haben, verdienen nicht, in Freiheit zu leben. Und wenn ich das Recht und den Mut hätte, im Namen der Unschuldigen und der Opfer zu sprechen, würde ich den Tätern verzeihen, die die Exekutionen ausführten, denn sie waren in die Irre geleitet.“ (10)

**\*Caroline Fetscher**  
**freie Publizistin, Berlin**  
 (aus: *LE MONDE diplomatique*,  
 4. Juli 2001)

#### Anmerkungen:

- (1) UN-Sicherheitsrat, Resolutionen 808 und 827, International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia, [www.un.org/icty](http://www.un.org/icty).
- (2) Amended Indictment IT-98-33 des ICTY vom 27. Oktober 1999. Anzufordern bei: ICTY Public Information Services, Churchillplein 1, JW The Hague, Netherlands.
- (3) Anklageerhebungen beim ICTY: IT-95-18/1-I (Karadzic) und IT-95-5-I (Mladic)
- (4) „Individual, criminal responsibility“ ist die für eine Strafverfolgung durch das ICTY verlangte Schuld-Anklage. Der Frage einer kollektiven Schuld geht das ICTY nicht nach.
- (5) Interview mit Dani, Ausgabe 183, 1. Dezember 2000.
- (6) Dutchbat ist das Kürzel für „Dutch Bataillon“. Zahlreiche Dutchbat-Soldaten sagten vor dem ICTY aus, einige unter Zeugenschutz mit Pseudonym.
- (7) Zeuge O, Aussage im Krstic-Prozess, 13. April 2000, Transkript des ICTY: [www.un.org/icty/transc33/000413ed.htm](http://www.un.org/icty/transc33/000413ed.htm), Seiten 2861 bis 2939.
- (8) Balija: serbisches Schimpfwort für Muslime.
- (9) Siehe Gary Jonathan Bass, „Stay the Hand of Vengeance. The Politics of War Crimes Tribunals“, Princeton University Press, Princeton and Oxford 2000.
- (10) Transkript der Zeugenaussage vom 13. April 2000, ICTY-Dokument: [www.un.org/icty/transc33/000413ed.htm](http://www.un.org/icty/transc33/000413ed.htm).

## ANKÜNDIGUNG:

**Tagung****Zur antirassistischen und nicht rassistischen Bildungsarbeit****14. – 16. September 2001 in Sprockhövel**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die extreme Rechte ist in aller Munde. Aber: Rassismus und Diskriminierung kommen aus der Mitte der Gesellschaft, sie sind gravierende Probleme auch in Arbeitswelt und Gewerkschaft. Obgleich die Migrantinnen und Migranten die eigentlichen Verlierer des Strukturwandels auf dem Arbeitsmarkt sind, sind Vorbehalte gegen sie und Rassismus weit verbreitet. Die Gewerkschaften sind hiervon nicht ausgenommen, sondern im Gegenteil sind rechtsextreme Orientierungen unter Gewerkschaftsmitgliedern sogar überproportional vertreten. Welchen Beitrag kann die gewerkschaftliche und außerschulische Bildungsarbeit leisten, um Rassismus und Diskriminierung entgegenzuwirken?

Das DGB-Bildungswerk Thüringen e.V. veröffentlichte im September 1998 den „Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit“, dessen Ziel es ist, Nicht-Rassismus als Prinzip der Bildungsarbeit zu verankern. Das Konzept stieß auf großen Zuspruch innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften und die 2 600 Exemplare der Mappe waren bis Frühjahr 2000 vergriffen.

Drei Jahre nach Erscheinen dieses Konzepts soll diese Tagung nun Raum geben, Erfahrungen auszutauschen und Impulse für die weitere Arbeit zu geben sowie zu erhalten.

**Programm:****Freitag, 14. September**

Bis 19 Uhr Anreise

19 Uhr Abendessen

20 Uhr Eröffnung

Zwischenbilanz:

Erfahrungen mit nicht-rassistischer  
Bildungsarbeit

*Julika Bürgin*, DGB-Bildungswerk  
Thüringen

Rassismus in Medien, Politik und  
Alltag

Prof. Dr. *Siegfried Jäger*,  
Duisburger Institut für  
Sprach- und Sozialforschung  
(DISS)

Ab 21 Uhr Kleine Kunst und Filme  
im Salon

Außerdem: Kneipe

**Samstag, 15. September**

9 Uhr Begrüßung

*Horst Mathes*, IGM

Bildungszentrum

Sprockhövel

Diskriminierung im Betrieb –  
Rassismus in Gewerkschaften: eine  
Bestandsaufnahme

*Nihat Öztürk*, IG Metall

Düsseldorf

„Neulich im Teamerbeitskreis...“  
ein fingiertes Podiumstheater  
zu Grenzen und  
Elend der Bildungsarbeit

„Das Problem haben wir nicht“ ?  
Aufgaben der (gewerkschaftlichen)  
Bildungsarbeit gegen Rassismus  
*Joachim Beerhorst*, IGM Abteilung  
Hauptamtlichenweiterbildung

Vorstellung der Workshops mit  
Einordnung in das Feld  
Antirassistischer Bildung  
*Malte Leutzsch*, Kassel

12.30 Uhr Mittagessen und  
Mittagpause

14 Uhr Arbeitsgruppen und Workshops:

1. Baustein zur nicht-  
rassistischen Bildungsarbeit  
Projektgruppe „Baustein“,  
DGB-bwt e.V
2. Wie kann interkulturelle  
Gleichstellungspolitik im  
Seminar zum Thema gemacht  
werden ?

*Petra Wlecklik*, IGM  
Bildungszentrum Sprock-  
hövel/*Sigrun Scheve*, Lan-  
desbüro gegen Rassismus  
(LBR), Rotterdam

3. Ökonomie und Gleich-  
heit – Wie kritisieren wir die  
Standortlogik in der  
Bildungsarbeit ?

*Gerald Scheidler*, DGB-  
Bildungswerk Hessen

4. Nicht Rassismus in der  
Berufsbildung

*Siegfried Bägendörfer*, IGM  
Bezirk Frankfurt

5. Blue Eyed

*Seyda Kutsal*, eye to eye

6. Courage –

Projektschultage

*Jörn Walenta/Britta Kruppa*,  
Zeigner-Kreis

Netzwerk Demokratie und  
Courage Sachsen

7. Was heißt interkulturelles  
Lernen ?

*Sabine Jungk*, Landeszen-  
trum für Zuwanderung NRW

8. BETZAVTA –  
Miteinander

*Susanne Ulrich*, Zentrum für  
angewandte Politikforschung  
an der Uni München

9. Demokratie Macht Schule

*Anne Möller*, Zentrum für  
Demokratie und Toleranz in  
MV/*Claudia Beimmel*, IGM  
Jugend Rostock

19 Uhr Abendessen

20.30 Uhr Kanak Attak: Revue über  
migrantischen Widerstand in Deutschland

### Sonntag, 16. September

9 Uhr Austausch der Ergebnisse der  
Workshops

Praxistransfers und: Wie geht's  
weiter ?

11 Uhr Auswertung, Abschluss

12.30 Uhr Mittagessen und Abreise

### Organisatorische Hinweise:

Die Tagung findet im IG Metall Bildung-  
szentrum Sprockhövel statt.

Die Teilnahme an der Tagung ist kosten-  
los.

Fahrtkosten werden für Mitglieder der IG  
Metall entsprechend den Richtlinien er-  
stattet.

### Anmeldungen bei:

DGB-Bildungswerk Thüringen e.V.,  
Julika Bürgin

Warsbergstraße 1, 99092 Erfurt  
Telefon 0361 – 2172711, Fax 2172727

# IGNORANZ GEGENÜBER RECHTS

Die Neonazi-Szene in Düsseldorf festigt sich.  
Dazu tragen die Behörden bei

**Das Vorgehen der Ermittlungsbehörden im Fall des jüngsten Neonazi-Übergriffs am 13. Juni in Düsseldorf zeigt die Ignoranz der staatlichen Behörden gegenüber der gut organisierten rechtsradikalen Szene. Wie auch in früheren Verfahren kamen die Ermittlungen gegen bekannte Skinheads nur zögernd in Gang. Die Täter hatten drei Personen vor der Gaststätte „Tigges“ durch Messerstiche teilweise schwer verletzt.**

Die beiden Haupttäter, der 18jährige Sven Rippahn und der 20jährige Sven Gustavsohn, waren den Behörden bereits durch 4rechtsextremistische Gewalttaten im letzten Jahr bekannt. Im September hatten sie die Schaufenster der Buchhandlung „Bibabuze“ eingeschlagen und mit Hakenkreuzen versehen, nachdem sie die Inhaber bedroht hatten. Die Einstellung des Verfahrens mangels Beweisen wurde damit kommentiert, die Verdächtigen würden nicht mehr auffällig werden.

Bekannt ist, dass die beiden Täter einer Skinhead-Clique abgehören, die in die Struktur der so genannten Jugendoppositionstammtische um Nazi-„Yuppie“ Torsten Lemmer und Jan Zobel eingebunden ist. Die „Stammtische“ halten engen Kontakt zur „Kameradschaft Düsseldorf“, die über ihr „Nationales Info-Telefon Rheinland“ alle größeren Aktionen wie Demos organisiert.

„In den letzten zehn Jahren haben sich die Strukturen in Düsseldorf derart gefestigt, dass die Szene sich durch Ermittlungen gegen einzelne nicht mehr einschüchtern lässt“, sagt ein Sprecher des Antifa KOK (Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen in Düsseldorf und Umland). Auch die Verharmlosung durch die Behörden trägt dazu bei. So sprachen die Ermittler bei den Straftaten im „Tigges“ zunächst von einem „Streit“ zwischen „rechten und linken Jugendlichen“, bei dem unklar sei, wer angefangen habe. Es gebe zudem keine Hinweise auf die Zugehörigkeit der Täter zur rechten Szene. In seiner umfangreichen Aussage unmittelbar nach der Tat hatte Opfer Christian Happ nachdrücklich auf „Sieg Heil“ – Rufe hingewiesen. Erst seit Veröffentlichungen der Antifa, eines PDS-Ratsmitgliedes und der Lokalpresse die rechtsextremistischen Zusammenhänge in Erinnerung riefen, nahm die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen wieder auf. Nachdem Rippahn die Tat gestanden hatte, wurde am 24. Juni Haftbefehl erlassen.

Der fall beweise, dass in den meisten Fällen erst öffentlicher Druck die Ermittlungsbehörden zum

Reagieren zwingt, so ein Mitglied der „Bibabuze“. Oft bedienen sich die Beamten eines „Rechts-Links-Schemas“, das die rechtsextremen Aktionen relativiere. Die Gewalttaten würden als Teil eines „Bandenkrieges“ dargestellt, der eine ernsthafte politische Auseinandersetzung verhindere. Dies zeigt auch die öffentliche Wahrnehmung des Neonazi-Angriffs auf eine Antifa-Veranstaltung am 27. Juni, gegen den sich die TeilnehmerInnen wehrten. Die Lokalpresse sprach von einer „Prügelei“ zwischen „Extremen“.

Statistiken des Verfassungsschutzes belegen, dass die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten in NRW im Jahr 2000 um 75,9 Prozent angestiegen ist. Es gab 136 Körperverletzungen und zwei Todesfälle. Die CDU beklagt den Personalmangel in der NRW-Justiz und fordert schärfere Gesetze. Die SPD ruft zu Demonstrationen und zur „Zivilcourage“ auf.

Die Staatsanwaltschaft drohte anfangs dem Opfer Christian Happ mit Beugehaft, weil er keine Angaben zu einer Begleitperson macht, die Rache von Neonazis befürchtet und nur im Rahmen eines Zeugenschutzprogramms aussagen will. Dies lehnt die Staatsanwaltschaft ab. Es bestünden „keine konkreten Anhaltspunkte“ für eine Bedrohung. Kurz nach dem Überfall hatten die „Nationalisten im Düsseldorfer Süden“ ein Foto von Happ im Internet veröffentlicht.

Inzwischen vermeldet die Staatsanwaltschaft, dass „eine neue Überprüfung ergeben habe“, dass es tatsächlich eine konkrete Gefährdung des unbekanntes Dritten gebe, so Staatsanwalt Johannes Mocken. Deshalb sei er jetzt zu einer von den Opferanwälten angebotenen anonymisierten Zeugenvernehmung bereit.

Anna Ziegler/Mona Hartfiel  
(aus: taz nrw, 5.7.2001)

## NEWS AUS DEM RUHRGEBIET

### Bochum, 12.7.2001

Zum vierten Mal haben am 9. Juli 2001 Mitglieder der Bochumer Initiative „Antirassistisches Zentrum“ (AZ) ein öffentliches Gebäude besetzt.

Von 22 Uhr am Samstagabend bis 2 Uhr feierten fast 200 Rassismus-Gegner in einer leerstehenden Bundesbahnschule eine Protestparty.

Seit Dezember fordert das AZ von der rot-grünen Bochumer Ratsmehrheit ein Gebäude für ihre tägliche Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit. Mehr als 30 soziokulturelle Gruppen haben sich solidarisch erklärt.

Die Polizei erfuhr erst am Montag von der Besetzung, obwohl mehr als 50 Beamte auf dem Parkplatz vor dem Gebäude positioniert waren, um für Sicherheit beim zeitgleich stattfindenden Musikfestival „Bochum Total“ zu sorgen. „Für uns hat die Besetzung nicht stattgefunden“, so eine Sprecherin der Polizei-Pressestelle. Sie vermutet, dass sich die Beamten vor Ort ausschließlich auf die Besucher von „Bochum Total“ konzentriert haben. Die Besetzer könnten so „übersehen worden sein“. Aus den Reihen der Besetzer wurde der Vorwurf laut, die Polizei ignoriere sie, um ihnen keine Plattform in den Medien zu geben.

Auch die Stadt erfuhr erst am Montag „durch Zufall“ von der Aktion und wies die Forderung zurück. Geeignete Räume stünden zur Zeit nicht zur Verfügung.

Sie bietet einen 60 Quadratmeter großen Container oder Mietzuschüsse für ein reguläres Ladenlokal. Alternativ dazu könne das AZ auch eine ehemalige Feuerwache kaufen. Eben diese hatten die Antirassisten im Dezember und Januar besetzt. Die daraus resultierenden Anzeigen wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung werden ab Mitte August vor Gericht verhandelt.

Das AZ zeigte sich enttäuscht von der Reaktion und hat weitere Protest-Aktionen angekündigt.

**Torben Börgers (aus: taz nrw v. 12.7.2001)**

### Dortmund, 1.7.2001

Für Samstag, den 23.06., war in der Dortmunder Nordstadt eine Nazi-Demonstration angemeldet worden, die sich gegen die Polizei richten und ihren Beginn an der Andreaswache nehmen sollte. Was die Nazis konkret forderten, war nicht erkennbar geworden. Zum Anlaß nahmen die Nazis offenbar die Tatsache, daß die Justiz das Eingreifen der Polizei bei einer Geburtstagsfeier von SS-Siggi im November 2000 für rechtswidrig erklärt hatte. Damals waren Siegfried Borchardt und über 100 seiner Gäste, die sich gegen das Eindringen der Polizei massiv zur Wehr gesetzt hatten, kurzzeitig in Gewahrsam genommen und erkennungsdienstlich behandelt worden, die Polizei hatte es jedoch versäumt, mögliche Beweise für eine Vorbereitung von Gewaltaktionen der Naziszene in der Nordstadt zu sichern, und so traten diese vor Gericht als Unschuldslämmer auf, denen die Justiz trotz einschlägiger Vorstrafen etlicher von ihnen eine Unschuldsvermutung zu gute hielt. Aus Anlaß der gewaltsamen Gegenwehr war Borchardt jedoch von demselben Gericht, das den Polizeieinsatz mit Hinweis auf eine Verletzung der Privatsphäre gerügt hatte, wegen Aufforderung zu Gewalt zu einer Geldstrafe verurteilt worden.

Die Nazis konnten ihren Protestmarsch nicht durchführen. Lediglich ein kleines Häuflein von etwa 20 Personen war aufmarschiert, während sich unweit von ihnen im Bereich der Josefskirche etwa 150 Personen gesammelt hatten, die den Nazi-Aufzug verhindern wollten. Die von den Nazis geschmähte Polizei sah sich genötigt, das kleine Häuflein der Nazis vor ihren Gegnern zu schützen, das angesichts seiner Stärke schließlich auf eine Demonstration verzichtete. Etwa zwei Stunden lang kreiste ein Hubschrauber im Umfeld der beiden Gruppen. Danach löste sich alles „in Wohlgefallen“ auf. Festnahmen durch die Polizei hatte es nicht gegeben.

In den lokalen Medien war von alledem keine Notiz genommen worden.

KD

# Attatro

## Buchladen GmbH

Hemer Str. 16  
45657 Recklinghausen

Tel. 02361/17002  
Fax 02361/27040

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa 10.00-15.00



*Partner der  
Büchergilde*

# BUCHLADEN

## TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLERWELT • SOZIALPÄDAGOGIK  
• SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND  
• SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN-PSYCHOLOGIE-  
• ÖKONOMIE-POLITIK-GESCHICHTE-FRAUEN-MÜTTER-KINDER-VÄTER-  
• MÄNNER-GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA  
Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00  
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)  
44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes herföhrbare Buch

# SONNENBLUME

## Naturkost . Naturwaren



Springstr. 2, 45657 Recklinghausen  
am Hauptbahnhof  
Tel.: 02361 - 13 9 27, Fax: 18 42 24

Öffnungszeiten: Mo - Fr 9.00 - 18.30 Uhr  
Sa 8.30 - 13.30 Uhr

- Lieferservice ab 50,00 DM Bestellwert frei Haus
- Party- und Veranstaltungsservice
- Vollwertbüffets
- Getränke für Partys und Veranstaltungen auf Kommission "frei Haus"
- Große Auswahl an ökologischen Weinen
- Regelmäßige Weinproben
- Individuelle Beratung zur Vollwerternährung und anderen Ernährungsfragen
- Frisches regionales Obst und Gemüse aus kontrolliert biologischem Anbau
- Umfangreiches vegetarisches und glutenfreies Sortiment

NATUR  
KOST&WAREN

### Schallplattenversand

Matthias Henk  
Postfach 11 04 97  
26207 Bremen

#### Der Antifa Platten Versand



Bei uns erhältlich:  
**ANTIFA CD'S aus Holland:**  
**X-TREM mit Smut, Roggel,**  
**No Men, Odi Odi u.v.a. (mit**  
**Aufkleber, Aufnahme) CD DM 22,00**  
Sampler: Gramschap 1978-1986  
**Door Mekaar, Zowiso, The Ex,**  
**Baader Pop Gruppe, Draske,**  
**Kess u.v.a. DCD DM 33,00**

Erhältlich per Post oder:  
Buch-CD-Laden: "Hamburger Allee",  
Hamburger Allee 35, 60486  
Frankfurt/Main oder  
Boekhandel Rosa,  
Folkingedwardsstraat 16A, 9701 JA  
Groningen- Niederlande  
Bestellt den Katalog!

Lieferung per  
Vorausrechnung + Porto  
Tel. & Fax: 0421-4950333  
E-mail: JUMPUP@online.de

# Theater Kunst

# BALANCE

Jonglieren Artistik

## Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5  
Öffnungszeiten: 10<sup>h</sup>-18<sup>h</sup>  
Samstags 10<sup>h</sup>-14<sup>h</sup> & langer Samstag

## HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH

Hattinger Straße 188 44795 Bochum  
Tel. 0234/ 450590  
FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau  
BIOLAND-Getreide  
Eigene Mühle



Informationen  
Betrieb in Selbstverwaltung

Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

## TERRE DES FEMMES

### Buchkalender für Frauen 2001

### Planerin

- im außergewöhnlichen A5-Format
- jede Woche auf einer Seite
- Recyclingpapier und Wire-O-Bindung
- umweltfreundlicher Schutzumschlag
- Texte und Fotos über engagierte Frauen und Projekte
- Anhang mit Adressen, Notizblättern, Terminen

• DM 19,80/ €10,20, ÖS 145, SFR 19,80  
• Erscheint im August 2000 • ISBN 3-9806165-3-3

TERRE DES FEMMES E.V. Postfach 25 65, 72035 Tübingen  
Tel. 07071-7973-0, Fax 07071-7973-22

### MENSCHENRECHTE FÜR DIE FRAU



**BERT BRECHT**

**GEGENJED ZU  
„VON DER FREUNDLICHKEIT  
DER WELT“**

*Soll das heißen, dass wir uns bescheiden  
Und „so ist es und so bleib es“ sagen sollen?  
Und, die Becher sehend, lieber Dürste leiden  
Nach den Leeren greifen sollen. Nicht den vollen?*

*Soll das heißen, dass wir draußen bleiben  
Ungeladen in der Kälte sitzen müssen  
Weil da große Herrn geruhn, uns vorzuschreiben  
Was da zukommt uns an Leiden und Genüssen?*

*Besser scheint's uns doch, aufzubegehren  
Und auf keine kleinste Freude zu verzichten  
Und die Leidenstifter kräftig abzuwehren  
Und die Welt uns endlich häuslich einzurichten!*